

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932 1919

155 (8.7.1919)

Volkshfreund

Tageszeitung für das werktätige Volk Mittelbadens.

Bezugspreis: Abgeholt in der Geschäftsstelle, in Abloren oder am Posthalter monatlich 1.60 M., vierteljährlich 4.80 M., zugestellt durch unsere Erzeuger monatlich 1.70 M., vierteljährlich 5.10 M.; durch die Post 1.74 M. beginnend 5.22 M., vorauszahlbar. Ausgabe: Montag mittags; Geschäftszeit: 8-11 und 2-4 Uhr abends. Fernspr.: Geschäftsstelle Nr. 128, Redaktion Nr. 481. Anzeigen: Die 7spalt. Kolonelleise od. deren Raum 25 Z., zuzügl. 80 % Teuerungszuschlag. Bei Wiederholungen Rabatt. Annahmeschluss 1/2 Vorm., für größ. Aufträge nachm. zuvor. Druck u. Verlag: Buchdruckerei Gerd & Cie., Karlsruhe.

Ist die Räteregierung zur Förderung der Sozialisierung notwendig.

Karlsruhe, 8. Juli.

Von Seiten der Unabhängigen und Kommunisten wird gegen uns immer der Vorwurf erhoben, daß es mit der Sozialisierung nicht reich genug ginge und diejenigen, die die Inflation verlangen, verpreden dem Volk mit Hilfe dieses Instrumentes, die sofortige Sozialisierung. Man könnte sich mit allen Mängeln der Räteregierung abfinden, wenn wirklich eine radikalere Sozialisierung zu erwarten wäre. Die Erwartung wird sich aber aus zwei Gründen nicht erfüllen können.

Erstens haben die U.S.P. und die Kommunisten in ihren Kreisen noch weniger Leute als wir, die über die erforderlichen Fähigkeiten verfügen, um eine Neuordnung der Wirtschaftsdurchführung. Ein großer Teil mehrheitlich der größte Teil ihrer Anhänger, und Führer setzt sich aus solchen Leuten zusammen, die sich vor dem Krieg nicht um diese Frage kümmerten.

Zweitens bewegen sich diese Leute auf einem falschen Geleise; auf diesem Geleise würde das Volk in das tiefste Unglück geführt. Sie wollen sozialisieren, indem sie die Betriebe in die Hände der produzierenden Arbeiter überleiten. Den Vergewaltigern vertritt man die Bergwerke, heft sie aber dabei bereit auf, daß die Bergarbeiter in einzelnen Fällen die Bergwerke erhalten haben, d. h. zu Grunde rieten. Auf dem von der U.S.P. einberufenen Eisenbahnerkongress in Frankfurt ging man soweit, die Entstaatlichung der Eisenbahnen zu verlangen, um den Betrieb den Eisenbahnern zu übertragen. Nun muß man sich die Konsequenzen nur weiter ausdenken, so daß zum Beispiel die Wäldereien den Wäldern gehören, den Schuhmachern die Schuhfabriken usw. und man wird leicht erkennen, daß das nicht Sozialismus, sondern Anarchie ist. Eine Anarchie bei der jede Berufsgruppe im Kampf mit den anderen Gruppen stehen würde, weil jede Gruppe den Wert ihrer Arbeitsleistung selber bestimmen würde. Wir müssen aber an dem marxistischen Lehrgang festhalten, daß die Produktion nicht Selbstzweck, sondern nur das Mittel ist, um die Konsumtionsbedürfnisse zu befriedigen. Deswegen müssen die Konsumtionen die Herren der Produktion sein. Den Produzenten müssen die Wäldereien gehören, der Läder ist nur als Konsument Miteigentümer, zugleich ist er aber auch Miteigentümer der Schuhfabriken, der Bergwerke, der Nahrungsmittelfabriken usw. Am besten wird uns die Sache klar, wenn wir vom Konsumverein ausgehen. Die Konsumtionen einer Stadt schließen sich zusammen und übernehmen die Warenverteilung. Sie errichten Wäldereien, Schlächtereien, Milchzentralen, Konfektfabriken, Betriebe, die der einzelne Konsumverein nicht errichten kann, errichten die Konsumvereinsverbände, die Verbände nehmen auch den Warenbezug und die Warenverteilung im Großen in die Hand.

Die Konsumvereinsbewegung sollte gerade in den letzten 5 Jahren vor dem Krieg eine rapide Aufwärtsentwicklung auch in der Uebernahme der Produktion zu verzeichnen. Leider wurde diese Entwicklung durch den Krieg und die Kurzsichtigkeit unserer Regierung unterbrochen. Statt diese genossenschaftlichen Einrichtungen zu heiligen, hat die Räteregierung den privaten Handel bevorzugt und Kriegswirtschaften gegründet. Jetzt ist aber der Zeitpunkt gekommen, wo die Genossenschaften zur höchsten Wirksamkeit gebracht werden können. In aller nächster Zeit gelangt an die Nationalversammlung ein Gesetz, das den Gemeinden und Gemeinverbänden auf verschiedenen Gebieten das Recht der Sozialisierung gibt, unter anderem auch für den Verkauf, Vertrieb und die Herstellung von Nahrungsmitteln. Die Gemeinde kann diese Aufgabe auch andern Körperschaften, wie Konsumvereinen übertragen. Da sollten sich jetzt schon überall Konsumvereine bilden, die bestehenden verstärken, das ist jetzt ein Tätigkeitsfeld für eifrige Genossen. Die Sozialisierung der ganzen Nahrungsmittelversorgung die Verteilung und Produktion ist in eure Hand gegeben, notwendig ist aber, daß die Arbeiter und Angestellten nicht nur zur Stellung von Forderungen, sondern auch zur positiven Mitarbeit aufgepeitscht werden. Wir müssen dem Volke zeigen, daß es selbst Hand anlegen muß und nicht alles von Führern und Regierung erwarten darf. Wir müssen verlangen, daß die Genossenschaften von Staat und Gemeinde mit all den Vollmachten ausgestattet werden, die für die Durchführung der Sozialisierung nötig sind.

So wie auf dem Gebiete der Lebensmittel, so liegt es auch bei der Wohnungsfrage. Auch hier kann nicht der Staat, sondern nur die Genossenschaft der Wohnungsbedürftigen dauernd Gutes schaffen. Der habituelle Wohnungsersatz wird bald mit einem Entwurf für die Sozialisierung der Wohnungen hervortreten. Für diese Aufgabe müssen alle Mieter einer Gemeinde oder eines Gemeindeverbandes in der Genossenschaft zusammengelöst werden. In den Städten würden zur Erfüllung bestimmter Aufgaben Unterabteilungen gebildet, jedoch alle Mieter am Geschehen der Sache interessiert werden. Diese Genossenschaften müssten natürlich von Staat und Gemeinde ebenfalls gut unterstützt und mit weitgehenden Befugnissen ausgestattet werden. Auf die Ein-

wirkungen kann hier nicht eingegangen werden. Hier sollte nur gezeigt werden, daß die Befürworter des Räteystems sich in einem verhängnisvollen Irrtum befinden, wenn sie glauben, man könne in der Weise sozialisieren, daß die Arbeiter Besitz von den Betrieben ergreifen, in welchen sie arbeiten. Außer den vorne angeführten Gründen spricht noch dagegen, daß vom einzelnen Betrieb aus, die Konsumtionsbedürfnisse garnicht zu übersehen sind und deshalb der Handel und Verkehr immer wieder ins Stocken geraten müßte.

Die Produktion hat der Konsumtion zu dienen, deshalb muß die Produktion nach den Interessen der Konsumtionen geregelt werden. In den Verbraucherorganisationen müssen die Arbeiter deshalb das Schwergewicht für ihre wirtschaftliche Machtentfaltung legen. Dort sitzen dann alle Berufe beisammen, die Vertretungsorgane übersehen das Ganze und nicht nur den einzelnen Betrieb, und werden daher am leichtesten einen Ausgleich finden, wo Interessengegenüber aufeinander stoßen. Das Mitverwaltungsrecht der Arbeiter wird dadurch keineswegs geschmälert, sondern auf eine breitere und richtige Grundlage gestellt.

Neben der Sozialisierung durch die Genossenschaften, soll die reine Verstaatlichung und der reine Gemeindebetrieb nur für solche Betriebe eintreten, die sich, wie z. B. das Wasserwerk, nicht für genossenschaftliche Bewirtschaftung eignen. In Staats- und Gemeindebetrieben bildet sich immer ein gewisser Bürokratismus und damit eine Beamtenherrschaft heraus. Bei der Verstaatlichung käme Produktion und Warenverteilung in die Hände eines Beamtenstabes und der Einfluß, die Mitwirkung und somit auch das Interesse der Masse wäre ausgeschaltet. In der Genossenschaftsbewegung ist über eine Verbilligung der Verwaltungsvorgänge von selbst gegeben. Selbstverständlich müssen sich die Genossenschaftsleiter und die Genossenschaften in ihren Organisationsreformen den neuen Verhältnissen und Aufgaben anpassen, dann aber ist die Möglichkeit gegeben, eine reiche und gesunde Sozialisierung weiter Wirtschaftsbereiche durchzuführen.

Ueber die Art, wie die Arbeiterkräfte in das politische und wirtschaftliche Leben einzufügen sind und welche Befugnisse sie erhalten sollen, kann hier nicht gesprochen werden. W. G.

Die Ratifikation.

W.L.B. Berlin, 7. Juli. Der Staatsaudschuß hat der Ratifikation des Friedens zugestimmt.

Berlin, 7. Juli. Clemenceau überreichte gestern Abend dem Präsidenten der deutschen Friedensdelegation in Frankreich, Graf v. Berner, die Antwort der alliierten und assoziierten Regierungen auf die Note betr. die Ratifizierung des Friedensvertrages. In der Antwort wird gesagt: Die Ratifizierung müsse sich auf sämtliche Akte, die ein Ganzes bilden, beziehen, also auf den Friedensvertrag selbst, das Protokoll und die Vereinbarung betr. die Vertiefung der Rheinlande. Diese Dokumente bilden die Friedensbedingungen und seien eins von dem anderen untrennbar. Aus diesen Gründen könnten die drei Akte nur als ein einziges Ratifizierungsinstrument angesehen werden.

Verlegung der deutschen Waffentillandskommission.

Berlin, 7. Juli. Wie die politisch-parlamentarischen Nachrichten an zuständiger Stelle erfahren, hat die deutsche Waffentillandskommission Spaa am 7. Juli vormittags verlassen. Ein Teil der Mitglieder siedelt nach Düsseldorf über, der andere Teil kehrt nach Berlin zurück. Von deutscher Seite ist vorgeklagt worden, daß die Waffentillandskommission nunmehr eine Zentralleitung erhält, und zwar in der Person des früheren Oberbürgermeisters von Kofen Dr. Wilm, der bereits mehrere Monate als Referent für wirtschaftliche Fragen in Spaa tätig war. Es ist dafür geltend gemacht, daß der Dienstbetrieb, namentlich in der Frage der Kriegsgefangenen und der Eisenbahn, unbedingt sicher gestellt bleibt.

Die Auslieferung.

Berlin, 8. Juli. Einzelne Blätter, wie „La Patrie“ und „Journal des Debats“ veröffentlichten eine Liste derjenigen Deutschen, deren Auslieferung die Alliierten wegen Vergehens gegen die Kriegsgesetze und das Völkerrecht verlangt wird. Es werden genannt Kronprinz Rupprecht von Bayern (beschuldigt der Deportation in Nordfrankreich), von Wadensien (beschuldigt der Brandstiftung, des Diebstahls und der Hinrichtungen in Rumänien), General von Bülow (beschuldigt Niederbrennen von Andenne in Belgien und Fälschung von Gefangenen), Baron von der Landen (beschuldigt Kabellegeren), Admiral von Capelle (beschuldigt Unterseebootkrieg), Leutnant Werner, die Kommandanten Valentiner und Baron von Forstner (beschuldigt Verletzung von Hospitalpflichten), von Mantuffel (beschuldigt Niederbrennen von Löwen), Major von Below (beschuldigt Verletzung von Verbot und Hinrichtung von 150 Gefangenen).

Kolben, 7. Juli. In einem offenen Brief an Marschall Foch erwidert Feldmarschall Hindenburg, daß er wüßte, daß von der Auslieferung des Kaisers Abstand genommen wird, und stellt sich an dessen Stelle mit seiner Person zur Verfügung.

Zum Verfahren gegen die Schuldigen.

Bern, 7. Juli. Wie die Genfer „Suisse“ aus London meldet, werden die deutschen Offiziere, die für die Einäscherung von Löwen verantwortlich sind, zum Tode verurteilt werden, ebenso die U-Bootskommandanten, die Hospitalsschiffe verurteilt haben. Die Urteile sind jedoch durch ein englisches Gericht, Kaiser und der Kronprinz werden nicht zum Tode verurteilt werden, sondern in Falle der Schuldigsprechung mit lebenslänglicher Verbannung auf eine Insel bestraft.

Der österreichische Friedensvertrag.

Berlin, 7. Juli. Wie der Pariser Korrespondent der Alliance Centrale erfährt, ist die Ueberreichung des deutsch-österreichischen Friedensvertrages infolge einer vollständigen Änderung der Haltung der Alliierten gegenüber Deutsch-Österreich verzögert worden. Um Deutsch-Österreich nicht in die Arme Deutschlands zu treiben, müsse eine vollständige Revision der territorialen Klauseln, sowie eine Revision der wirtschaftlichen und finanziellen Bedingungen vorgenommen werden.

Die Engländer erschießen deutsche Marineangehörige.

Berlin, 7. Juli. Der „Berl. Lokalanz.“ meldet aus Kiel: Nach einer hier eingetroffenen, durchaus zuverlässigen Meldung haben die Engländer in Scapa Flow mehrere deutsche Marineangehörige, darunter den Kommandanten des „Markgraf“, als sie versuchten, sich in einem Boot zu retten, an Bord dieses Bootes erschossen, obwohl sie völlig wehrlos waren. Das Torpedoboot „U. 98“, das bei den deutschen Schiffen in Scapa Flow als Postüberbringer weilt und dem von den Engländern freies Geleit zugesichert worden war, ist von den Engländern zurückgehalten worden. Die Besatzung wurde nach Deutschland zurückgejagt.

Rechtsprechung im besetzten Gebiet.

Landau, 7. Juli. Der Redakteur der sozialdemokratischen „Pfälzischen Post“ in Landau Steffen, wurde vom französischen Oberpolizeigericht wegen Teilnahme an einer Kundgebung und Aufforderung zu Gegendemonstrationen und Tätlichkeiten, wobei er selbst angeschlagen habe, sowie Mitführung rechtsradikaler Zeitungen, wegen grober Beleidigung der französischen Behörden, des Generals Gerard und Marschall Koch zu sechs Monaten Gefängnis und 7000 M. Geldstrafe oder weiler zwei Jahre Gefängnis verurteilt. Steffen ist an dem Tag an dem die pfälzischen Rutschisten die pfälzische Republik ausgerufen wollten, lediglich zur Verurteilung für seine Zeitung nach Bayern gereist und hatte an der Kundgebung keinen Anteil.

Speyer, 7. Juli. Das Militärgericht in Speyer hat unterm 25. Juni 1919 gegen den Hauptlehrer Stelzenmüller, Gefangenschaft an der Zwangsberziehungsanstalt, die ungebührliche Strafe von 3 Monaten Gefängnis und 1000 Franz. Gelbbuße ausgesprochen mit der Begründung, er habe seine Schüler nicht verhindert, an einer feindseligen Kundgebung gegen das französische Heer. Hauptlehrer Stelzenmüller hatte in einer ordentlichen Gefangenschaft unter einer Reihe von Liebern auch das lehrplanmäßige Lied „Deutschland, Deutschland über alles“ singen lassen. Das Urteil ist, wie so viele andere gleicher Art, eine offensichtliche Verletzung des Haager Uebereinkommens, das bekanntlich die Verurteilung eines besetzten Landes nach seinen eigenen Gesetzen vorschreibt.

Die Unruhen in Italien.

Lugano, 7. Juli. Die revolutionäre Bewegung in Ober- und Mittelitalien dauert an und hat sich weiter über zahlreiche Orte ausgedehnt, u. a. auf Turin, Pisa, Peruggia, Livorno und Arregia. Infolge der Plünderungen sind in einer Reihe von anderen Städten die Lebensmittel ausgegangen.

Milano, 7. Juli. Die Feuerunruhen und Streiks in Italien haben sich über das ganze Land ausgedehnt, so daß sich Italien heute im Zustande einer latenten Revolutionsbewegung befindet. In Brescia hat die Menge, nachdem sie ganze Stadtteile geplündert hatte, Truppen und Polizei angegriffen. Dabei gab es eine große Anzahl Verletzte und mehrere Tote. In Florenz wurden große Truppenmassen zusammengezogen. Die Banken und Staatsämter werden Tag und Nacht von Truppen bewacht. Im Verlaufe der Plünderung wurden mehrere Hundert Personen verhaftet. Die Lebensmittel seien vollständig vom Markte verdrängt. Bei zahlreichen Zusammenstößen mit den Truppen kam es zu vielen Schieberen.

Die „Deutsche W.L.B.“ rät davon ab, bei der Besprechung der italienischen Unruhen sich vorwiegend auf italienische Blätter zu berufen, welche die Dinge in Italien einseitig schildern und ein Interesse daran haben, die Bewegung in Mittelitalien möglichst zu schüren und ihre Wirkung im Auslande aufzubauen. Das Blatt sagt, wir haben die Pflicht, strenge Objektivität zu beobachten. Wir müssen uns davor hüten, die Vorgänge in einem Lande, das ja immer rascher als andere zu Unruhen geneigt ist, zu verallgemeinern und in ihnen die Weltrevolution auf dem Marsche zu sehen.

Für wie dumm halten sie uns?

Blüten monarchistischer Propaganda.

Mit welchen Mitteln die Monarchisten für den Kaiser Stimmung zu machen suchen, dafür zeugt eine gedruckte Karte, die jetzt überall von Dresden aus verbreitet wird. Sie trägt die Aufschrift „Deutschlands Speisekarte 1919“ und enthält zwei Rubriken „Unter dem Kaiser“ und „Nach dem Kaiser“. Da liegt man denn, daß ein Eisbein mit Erbsen und Sauerkraut unter dem Kaiser 90 Pf. gekostet habe, heute 12.50 M. Ein Beestee mit 1.50 M., heute 14.— M., ein Pfund Schinken 1.80 M., heute 25 M. usw. Welches Maß von Dummheit setzt doch diese Propaganda bei den Lesern voraus! Denn die Gegenüberstellung wäre doch nur richtig, wenn der Kaiser bereits im Mai oder Juni 1914 abgedankt hätte! Er hat doch aber noch bis zum 9. November 1918 regiert, und auch der Dummste erinnert sich wohl, daß gerade in den letzten vier Jahren der kaiserlichen Regierung die Preise diesen kolossalen Aufstiegs genommen haben, woraus klar hervorgeht, daß die kaiserliche Regierung die jetzige Teuerung verursacht hat.

„Es geschieht nichts!“

Karlsruhe, 8. Juli.

Es geschieht nichts durch die badische Regierung! So hallt es in allen Tonarten wieder in den zahlreichen Versammlungen der Unabhängigen und der Kommunisten. Auch die badische Regierung ist zum Sandlanger des Kapitalismus geworden; sie ist arbeiterfeindlich und muß deshalb gestürzt werden. So lesen wir es andauernd in der unabhängigen und kommunistischen Presse, in der „Sozialistischen Republik“ in Karlsruhe, in der „Tribüne“ und in der „Roten Fahne“ in Mannheim. Und ihre gedankenlosen und raddaulustigen Anhänger schreien es ihnen nach und glauben auf diese Weise am besten und wirksamsten der Sache der badischen Arbeiterklasse zu dienen.

für den Monat Juni.

Die liefert selbstverständlich nur einen kleinen Abschnitt aus der eigentlichen Tätigkeit der badischen Regierung, aber sie scheint doch zu beweisen, daß wirklich regiert wird, daß nichts unterlückt gelassen wird, um aus dem Elend der Lebensmittelversorgung und aus der wirtschaftlichen Misere auch in Baden allmählich herauszuführen. Wir lesen da:

- 1. Das Ministerium des Innern kündigt die Forderung des Landwirtschaftsministeriums an. Die Zahl der Kammermitglieder wird von 28 auf 58 erhöht und das Alter der Wählbarkeit von 25 auf 20 Jahre herabgesetzt. Die land- und forstwirtschaftlichen Arbeiter erhalten ebenfalls eine besondere Vertretung in der Landwirtschaftskammer.
2. Das Arbeitsministerium schlichtet die Differenzen der Angestellten bei der Firma Lang in Mannheim, die infolge der Kündigung des Ingenieurs Ryllus entstanden waren.
8. Es erfolgen eine Anzahl Ernennungen von Volkssatzmitgliedern im ganzen Lande zu Hilfsbeamten der Staatsanwaltschaft.
10. Die Ausgleichszulagen für die Staatsbeamten und Staatsangestellten werden angekündigt.
12. Obsthändler und Obstzeuger versuchten unter Berufung auf angebliche Anordnungen des Reichsministers für Ernährungswesen, die Anordnungen der badischen Regierung bezüglich der staatlichen Bewirtschaftung von Äpfeln, Pfäffern, Kirschen und Preiselbeeren usw. zu durchkreuzen. Die Ernährungsabteilung des Ministeriums des Innern wendet sich energisch gegen diese Versuche, das badische Frühobst nach außerbadischen Ländern auszuführen.
13. Lebensmittelstieber und gewerbsmäßige Schleichhändler, die sich in den Grenzbezirken aufhalten, sollen auf Grund des § 29 des Polizeistrafsatzbuches aus diesen Bezirken ausgewiesen werden.
14. Die von den staatlichen Kulturbehörden geleiteten Meliorationsunternehmungen sollen auch im zweiten Halbjahr 1919 fortgesetzt werden. Bis Ende Mai war eine Fläche von 1256 Hektar mit einem Kostenschlag von 817 000 Mark in der Ausführung begriffen bzw. schon beendet.

Das schlafende Heer.

Roman von Clara Diebig.

„Frau von Gerczynska guckte unmutig die Schüler an. „Ach, immer diese Rechenerien! Ich komme hier um. Wenn wir nur erst in Bozen wären, besser noch in Warschau, am besten in Paris! Was würdest du sagen, Stasia, wenn ich dich mit nach Paris nähme? Oder sonst wohin, wenn der Herr verkauft hat!
„Wird der gnädige Herr verkaufen?“ fragte neugierig hoffig das Mädchen.
„Das gebe die heilige Mutter!“
Die Augen des jungen Mädchens funkelten: ah, das war noch eine Aussicht, dafür ließ man sich schon noch eine Weile gefallen! Unterdessen schlich sich Stasia zur Herrin heran und lächelte ihr die Hand: „Ich danke der gnädigen Panti tausendmal! Gott wolle es ihr segnen millionenmal, ihr, und an dem gnädigen Herrn, und an dem gnädigen jungen Herrn, daß sie will an mich denken wenn es ihr gut geht! Wird der gnädige Herr bald verkaufen, wenn Panti die Frage gestattet?“
„Ich weiß nicht. Ach! Ungehorrig leuchtend sprang Nadwiga auf und ging hastig hin und her. „Sie finden noch immer den geforderten Preis zu hoch. Ich — sie lachte laut auf — „das möchten sie wohl selber abschätzen! O nein! Wir gehen nicht ob vom Preis! Wenn ihnen daran liegt, nun, dann sollen sie wenigstens genug zahlen, diese —!“ Sie verkniffte das letzte Wort.
Die Rose lachte leise. „Gnädige Panti lieben die Schmabbö?“
„Wie?“ Die Gerczynska sah ihre Rose einen Augenblick hochschauend an, dann aber lachte sie, wie viele lachte. „Du bist ein Kacker!“ Doch ihr lächelndes Gesicht wurde plötzlich ernsthaft, zornig zog sie die Brauen zusammen. „Gabe ich etwa besondere Ursache, sie zu lieben, he? Und du? Nam nicht deine Mutter zu mir und hat die Hände gewungen:“

*) Benachrichtigte Bezeichnung für die Deutschen.

15. Der Justizminister ordnet bezüglich der obangewiesenen Räumung von Wohnungen an, daß die Gerichtsvollzieher sich die Mitwirkung des Bürgermeisters oder des Wohnungsamtes bei Durchführung ihrer Amtspflicht zu erbitten haben. Obdachlose dürfen unter keinen Umständen geschaffen werden.
Das Arbeitsministerium hat — vorbehaltlich der Genehmigung des Landtages — zur Vinderung der Wohnungsnot die Gründung der badischen Siedlungsbank mit einem Gesellschaftskapital von 8 420 000 M. veranlaßt.
16. Ein Erlass des Justizministers regelt die Verteilung in Strafsachen im reformfreundlichen Sinne.
17. Der ausgebrochene Wirtstreik in Freiburg veranlaßt die Regierung zu der Erklärung, daß sie den Forderungen der Wirt, ihnen im gewissen Umfang Schlichthandel zu gestatten, nicht entsprechen könne.
18. Um die Schleichhändler und Schieber, welche draußen im Land ihre Unwesen treiben, besser fassen zu können, wurden die Bezugsämter beauftragt, alle diesbezüglichen Nachrichten sofort der Zentralpolizeistelle beim Bezirksamt in Karlsruhe zu übermitteln.
19. Das Arbeitsministerium bestimmt zur Vinderung der Wohnkosten (pro Pfund 75 Hg.) wird angeordnet. Die Polizeibehörden erhalten entsprechende Anweisung.
Das Arbeitsministerium bestimmt zur Vinderung der Wohnungsnot, daß die bestehenden Wohnungen stärker belegt werden müssen. Die Gemeindebehörden haben alle Maßnahmen gegen widerpenstige Hausbesitzer anzuwenden.
20. Zu den Preissteigerungen für Lebensmittel erklärt die Ernährungsabteilung, daß im Schleichhandel unerhöhte Preise gezahlt werden und auf diese Weise es der Regierung fast unmöglich sei, eine Preislenkung herbeizuführen.
21. Die Badische Obsterzeugung hat bereits 800 Zentner Kirschen erworben und sie den Kommunalverhältnissen zum Preise von 70 bzw. 75 Hg. zugeführt. — Abermals ist Maßnahmen an die Bezugsämter, gegen Höchstpreisübersteigerungen unmaßstäblich strafend einzuschreiten.
Den an inneren Krankheiten leidenden Kriegsbefähigten werden künftig größere Zulagen an Lebensmitteln gewährt.
Um die Ausfuhr badischer Obstes nach Darmstadt, Frankfurt a. M. und Norddeutschland möglichst zu unterbinden, ist ein Gendarmereinsatz in die Bezirke der Bergstraße entsandt worden, das den gesamten Obsterzeuger scharf überwacht.
27. Der Zwang der religiösen Eidesformel soll demnächst befristet und der Gebrauch einer solchen Formel dem Ermessen des Schwurpflichtigen anheimgegeben werden.
Der badische Landtag bewilligt mit 59 Millionen M. als Teuerungszulagen für 82 000 Staatsbeamte und Staatsangestellte.
28. Die §§ 11 und 19 der Verfassung werden in Einklang mit dem Schulgesetz gebracht und sichern den Lehrerinnen und Lehrern weitestgehende Rechte und volle Gewissensfreiheit bei der Erstellung oder Nichterstellung des Religionsunterrichts.
Die Kleinverkaufspreise für die Präparatofeln sollen auch in diesem Jahre möglichst niedrig gehalten werden.
30. Demnächst soll die weitere Lieferung von amerikanischen Speck und Schweinefleisch für Baden erfolgen.
Die Dienst- und Ruhegehälter des Eisenbahnpersonals sind neu geregelt; sie bringen den Beteiligten wesentliche Erleichterungen in der Dienstzeit und Erweiterungen der Ruhezeit.
Und nun mögen uns die badischen Unabhängigen und ihre noch schreiendsten politischen Gefinnungsverbunden, die Kommunisten, ihren Monatsbilanz, ihren Tätigkeitsbericht vorgelesen. Er könnte sehr kurz sein, denn er würde sich auf die drei Worte beschränken müssen:

Der deutsche Gewerkschaftskongress.

4. Verhandlungstag.

K. Nürnberg, 8. Juli 1919.

Das Korreferat zu dem Punkt: Die künftige Wirksamkeit der Gewerkschaften und die Aufgaben der Betriebsräte

hält Richard Müller-Verlin: Parteigenossen und verehrte Anwesende! Wir befinden uns gegenwärtig im Stadium der sozialen Revolution, die im Zeichen einer Krise steht. Überall sehen wir ein revolutionäres Drängen und Stoßen, es gärt und brodeln überall; man weiß noch nicht, wie das Neue aussehen wird. Während Reichart sprach, wehte nicht ein einziger Hauch revolutionären Geistes durch diesen Saal. (Gelächter.) Was er sagte, hätte er auch ruhig vor der Revolution sagen können. Der Punkt Arbeitergemeinschaften hätte mit diesem Punkt verbunden werden müssen, diese Fragen hängen zusammen. Wir müssen die gegenwärtigen wirtschaftlichen und politischen Verhältnisse Deutschlands prüfen. Reichart will kein Programm vorlegen, sondern nur Richtlinien. In der gegenwärtigen Zeit muß eine Kampforientierung ein Programm haben, das dem Proletariat den Weg zeigt. Aber nicht von alledem bei Reichart. Deutschland gleicht heute einem Trümmerschutt. Was ist da zu tun? Wir müssen arbeiten, Werte schaffen, Arbeitsfreude und Arbeitslust müssen wieder da sein. (Sehr wahr! bei der Mehrheit.) Sie rufen sehr wahr, können wir dieses aber mit dem heutigen staatlichen Organismus erreichen? Diese Frage verneinen wir. Die formale Demokratie hat sich als unfähig erwiesen. Wir halten zur Umformung des staatlichen Organismus und des Wirtschaftslebens die Einführung des Rätesystems für unumgänglich. Neun Monate nach Ausbruch der Revolution haben wir diese formale Demokratie; wir sind aber dem Sozialismus keinen Schritt näher gekommen. Das Proletariat bedarf heute einer anderen Organisation. Wer sich der Entwicklung widersetzt, über den wird die Entwicklung hinweggeschritten. Wenn eine veränderte Gewerkschaftsstruktur glaubt, sich gegen das Rätesystem auflehnen zu können, wird sie sich gründlich täuschen. Wenn die Gewerkschaften heute mit dem Rätesystem spielen, Betriebsräte wollen, so erfolgt dieses nicht aus innerer Überzeugung, sondern weil sie durch die Zustände dazu gezwungen werden.

Für uns gilt es jetzt, den Sozialismus zu verwirklichen. Das Rätesystem soll nicht nur ein Werkzeug sein, den Sozialismus durchzuführen, sondern nun dauernd zu erhalten. Trotz aller verlogenen Berichte aus Ausland hat sich der Gedanke des Rätesystems durchgesetzt, findet im Volke immer mehr Anklang. Wir brauchen nicht nach Ausland zu blicken, im eigenen Lande sehen wir, daß es vorwärts geht. Als im November die alten Gewalten hinweggejagt wurden, waren es die Arbeiterkräfte, die dieses taten. Da hat es sich gezeigt, welche Kraft im Proletariat schlummert, diese freizumachen, muß unsere Aufgabe sein. Die politische Gewalt war in den Händen der Arbeiter, der alte Bürokratismus, die Verwaltungsmaschinerie, blieb aber bestehen.

Was wir heute sehen, ist nur ein kümmerlicher Rest von dem, was wir im November durchlebten. In den Gegenden des Rätesystems rechnen ich auch die Gewerkschaftsführer, sie wollen das Rätesystem bewahren, der Grundgedanke der kapitalistischen Gesellschaft soll gerettet werden, durch Aufopferung einer Art Sozialisierung. Wir wollen den Sozialismus verwirklichen ohne Unternehmern, unsere Freunde von der G. R. wollen mehr mit den Unternehmern. Diese Ansicht erweist sich immer mehr als eine Illusion. Die bürgerlich, liberale Demokratie hat verjagt, der kapitalistische Einfluß muß ausgeschaltet werden. Das Rätesystem muß sich auch aufbauen auf dem politischen und ökonomischen Gebiet. Hierding ist der Sozialismus nicht sofort durchzuführen, es muß ein Ubergangsstadium geben. (Appl.) Die G. R. ist zum Sachverwalter der Revolution, des Kapitals geworden. (Sehr richtig! und Widerspruch.) Die G. R. sollte auch zunächst die Betriebsräte nicht, genau so wie die Regierung. Erst die gewaltigen Generalstreiks zwingen die G. R. und die Regierung, Konzeptionen im Rätesystem zu machen. Aber in welcher Weise! War hat nur den Arbeiteraussschüssen einen anderen Namen gegeben. Was die G. R. will, ist nichts anderes als die organische Fortsetzung von dem, was das Hilfsdienstgesetz brachte, es ist ein Standal, daß uns in der revolutionären Zeit so etwas vorgelegt wird. Der Gesamtzwang über die Betriebsräte entspricht völlig den Ansichten der G. R. Es ist ein Schutzgesetz für die Unternehmer! (Sehr richtig!)

Meine Tochter lernt Deutsch in der Schule, wird sie auch nicht verlernen die Muttersprache? Ach, meine Männer sind feige, kein Wort deutsch dürfen sie leiden! Aber sie lassen sich ducken!

„Ja, Panti haben keine Angst.“ lächelnd Stasia. „Was wir gelernt haben, verstanden wir allein unter anständigen Herrn.“ Sie kitzelte, da sie die Hand nicht wieder erheben konnte, den weiten Ärmel am Hals der Dame. „Neulich sprach erst die Michalina zu mir, als sie kam auf einen Sonntag, ihre Familie zu besuchen: „Das Mlad, was ich gemacht, verdanke ich allem Panti von Chwaliborezen!“ Panti erinnerte die Michalina, die mit den schwarzen Zöpfen, die Entlein vom Schöfer Duden und der Neponuena? Sie sah neben mir im Unterricht, den gnädigen Panti uns geben. Es geht ihr sehr gut, freilich bei deutscher Herrschaft, aber —“ sie guckte die runden Schultern — „was tun? Man muß mit den Wölfen heulen!“

Man muß mit den Wölfen heulen — nachdenklich wiederholte die Herrin die Worte der Denerin — „du bist klug, Stasia! Es kommt auch nichts heraus bei der offenen Feindschaft. Ich begreife oft unsere Politik nicht. Aber ist es denn nicht auch schändlich, wie man uns unterdrückt? Uns, die wir mehr Bildung haben, mehr Vaterlandsliebe, mehr Opferfreudigkeit, mehr Mut, mehr — mehr —!“ Die Stimme verlor sie vor Erregung. Sie war ganz blaß geworden, jetzt wurde sie glühend heiß. Mit dem Fuß aufstampfend, schrie sie laut: „Und wir haben sie arglos aufgenommen, auf freundschaftlich in unser — ja, in unser Land! Zum Dank dafür wollen sie uns nun austragen, ganz herausdrängen. Aber das gelingt ihnen nicht!“ Reibend schloß sie die Hände. „Wir Frauen werden nicht müde, wir haben unsern Glauben und —“ hoffig vor den großen Spiegel tretend, sah sie ihr Bild vom Kopf bis zu den Füßen und schelte dann wieder. „Ich begreife nicht, warum Panti sich so erregt.“ sagte die Rose ruhig.

„Was du verstehst!“ Nadwiga lehnte sich vom Spiegel ab und gähnte laut. „Guh, diese Nachbarn, glücklich! Man verhauert hier. Ich werde krank, langweilig, häßlich! Zum Escherben langweilig, wie die Baranowa mit den Strobelben

bleichen!“ Sie lachte auf: „Als ob sie einen Stock im Rücken hätte, so steif ist sie! Und unsere Prayborower Nachbarn — Gott sei uns gnädig! Er ist ein großer Bauer, weiser nicht! Gahel kriecht dabei um einen Orden — wie alle Deutschen! Hast du gesehen, Stasia, wie betriibt er neulich die Augen auf sein leeres Knopfloch neberdrehung!“

„Unser gnädiger Herr hatte alle Orden zum Diner angelegt!“ sagte gedehnt die Rose.

„Ja, ja, das war ganz nett!“ Nadwiga ließ sich lachend in ihren Stuhl fallen, aber dann gähnte sie wieder und sah mit einem trübseligen Ausdruck ins Leere. „Das sind aber doch nur Momenten! Das Leben ist zu eintönig. Ich kann doch unmöglich, wie die Prayborower Frau, in hohen Stiefeln durch den Mist stapfen und höchst eigenhändig die Wägel abreißen!“

„Gaha, das tut sie, ja, das tut sie!“ Gell lachend schlug Stasia die Hände zusammen, und dann schwabte sie: „Gnädige Panti wissen doch? Der Sohn, was Sinar ist der junge Rittmeister, der soll Vater sein zu der Michalina ihrem Kind. War die Michalina doch Stubenmädchen in Prayborowa. Und da soll der Alte, der Herr Keszner, sie furchbar geschimpft und ihr mit dem Stock gedroht haben — aber nur gedroht hat er. Doch die Panti hat sie beim Arme gefriert und ihr links eine ge schlagen und rechts eine. Da ist sie vor Angst gelauten, so schnell sie konnte, und hat sich nie mehr aufs Dominium getraut. Was lagen gnädige Panti zu der Geschichte?“ Stasia stemmte die Arme in die Seiten und sah ihre Dame erwartungsvoll an; man merkte ihre Freude, ein wenig standhalten zu können.

„So — nun, und was weiter?“ Nadwiga gähnte enthaltend. „Man kann hier keinen Menschen was übel nehmen, dem nicht; und auch dem nicht — bei dieser Konzeption! Ach! Doletsch wäre noch der einzige, der passabel sein könnte!“

„Und hat er sich in die Panti verliebt?“ fragte vertraulich das Mädchen.

„Du bist untertäuscht!“ Die Gerczynska guckte, wie von einer unangenehmen Erinnerung berührt.

(Fortsetzung folgt.)

ie Meht-
ien zum
rbeiterchaft
mpfend an

ngrech.

Juli 1919.

ie Aufgaben

erehrte An-
der sozialen
all sehen wir
brobelt über
b. Während
evolutionären
hätte er auch
beitsgemein-
nissen, diese
artigen wirt-
sch. Leistungen
sollten. In
ein Pro-
aber nichts
inem Trüm-
ern, Werte
der da sein
s können wir
s erreichen?
atie hat sich
es staatl. Ein-
rung des
nach Ausbruch
wir sind aber
Das Prole-
Der sich der
hinweg-
ratie glaubt,
sich geübt
Mittelstufen
aus innerer
dazu ge-

ischen. Das
Sozialismus
von aller be-
des Räte-
Klang. Wir
de sehen wir,
emalen hin-
saten. Da
nneuert, die
Gewalt war
die Verwirk-

est von dem,
des Räte-
des Räte-
Gesellschaft
sozialistischer
nehmer, un-
den Unter-
ne. Muffen
kapitalistischer
sich auf
uführen
Mal). Die
s geworden,
nach zunächst
erst die ge-
erung, Kon-
Wesfel. War
en gegeben,
Vorsetzung
stabil, daß
d. Der Ge-
nsichten der
sehr richtig).

im Rücken
schorn —
lchter nicht!
Deutschent
Augen auf
Diner ange-

sich hochend
er und sah
d oder doch
kann doch
in Stiefeln
die Wägel

hend Kling
ste: „Gnäd-
t der junge
dem Kind,
oma. Und
himpft und
roht hat er
infs eine
delanten, so
nium? „Elasti-
ame erwart-
Kandale-

adite ent-
ibel neh-
Donnerst-
in konnte!
vertausch-

e, wie von

Der Redner ging hierauf auf die Arbeitsgemein-
schaften ein, die er vertritt. Diese ist keine Erzeugnis-
schaft der Arbeiter, sondern die Unternehmer. Es kommt darauf an, wie diese
die Arbeitsgemeinschaft aufbauen. Die Unternehmer erblicken in
den Gewerkschaften die Einzigen, die ihnen Schutz und Hilfe ge-
währen können. Daß die Unternehmer den Gewerkschaften in den
ersten Tagen der Revolution zugehörig waren, ist wahrhaftig
kein Erfolg. Die U.S.R. unterstützt die Wirtschaftspolitik des Wirt-
schaftsministeriums. Hier verweigert sie aber ihre Ansicht darüber.
Wenn die U.S.R. die Wirtschaftspolitik unterstützt, —
und das tut sie — hätte sie die Pflicht, dem Kongreß Gelegenheit
zu geben, dazu Stellung zu nehmen. Die U.S.R. drückt sich um die
Frage herum, sonst würde selbst dieser Kongreß ihre Wirtschaft-
politik nicht gutheißen. Wer das Wirtschaftspolitische Programm
unterzeichnet, der muß auch gegen das Streikrecht sein. In dem in
Vorbereitung sich befindlichen Gesetz über den Arbeitsfrieden
soll ein Streik nur möglich sein, wenn neun Zehntel der Beschäf-
tigten für den Streik sind. Das würde einen Streik für die Zu-
kunft unmöglich machen, das Streikrecht aufheben. Das Zukunfts-
bild, das uns die U.S.R. zeigt, ist ein trostloses, in dem es keinen
Aussicht gibt. (Stürmische Zurufe: Wo ist dein Programm?) Die
deutsche Arbeiterchaft verlangt eine Politik, die zum Sozialismus
führt. Der deutsche Arbeiter wird arbeiten, wenn er die Gewiss-
heit hat, daß ein sozialistisches Deutschland aufgerichtet wird. Wir
wollen nicht nur herunterreichen, uns liegt das Wohl und Wehe
der Arbeiterchaft ebenso am Herzen, wie Euch. (Zuruf: Sagt doch,
was Ihr wollt!) Wir verlangen die Beseitigung der liberalen Demo-
kratie. Die heutige kapitalistische Wirtschaftsweise kann freilich
nicht von heute auf morgen in eine sozialistische durchgeführt wer-
den. (Zurufe bei der Mehrheit: Na also!)

Der Redner unterbreitet sodann eine Resolution, in der die
Mittelstufen der U.S.R. verworfen werden, sich für das Räte-
system ausspricht und die vom Reichswirtschaftsamt in Aussicht genommene
Gemeinwirtschaft ablehnt. Er schlägt: Wachen Sie den Weg frei
zur Verwirklichung des Sozialismus! (Beifall bei der
Mehrheit.)

Es wird nun beschlossen, den Vertrag über
die Arbeitsgemeinschaft der industriellen und gewerblichen Arbeit-
geber und Arbeiternehmer Deutschlands
gleich entgegenzunehmen, da er mit dem anderen Punkt in Zu-
sammenhang steht. Der Redner A. Cohen-Derlin führt die wich-
tigsten Bestimmungen der Vereinbarung mit den Arbeitgebern
an, die zum Abschluß der Arbeitsgemeinschaften geführt haben und
begründet folgende Resolution:

Der zehnte Kongreß der Gewerkschaften Deutschlands er-
klärt, daß die Arbeitsgemeinschaften die konsequente Fortführung
der Tarifvertragspolitik der Gewerkschaften darstellen, die die
Anerkennung der Gleichberechtigung der Arbeitnehmer mit den
Unternehmern und die kollektive Regelung des Arbeitsrechts zum
Ziele hat. Die Arbeitsgemeinschaften dienen diesem Zwecke
überall dort, wo die Privatwirtschaft nicht durch eine sozialistische
Wirtschaftsweise ersetzt ist.

Unter der Voraussetzung, daß den Arbeitnehmern in allen
Institutionen der Arbeitsgemeinschaften, sowie bei allen Verhand-
lungen und in allen Körperchaften, die dem Aufbau und der
Förderung unserer Wirtschaft dienen, volle Parität mit
den Unternehmern gewährleistet wird, empfiehlt der Kongreß
allen Gewerkschaften die Beteiligung an der Tätigkeit der Ar-
beitsgemeinschaften.

Mit der Durchführung der Arbeitsgemeinschaften verwicklichen
wir, was wir jahrelang angestrebt und auf dem Frankfurter
Gewerkschaftskongreß ausgesprochen haben. Sie bedeuten einen
ganz wesentlichen Fortschritt. Sie bringen die Anerkennung voll-
ständiger Gleichberechtigung der Arbeiter mit den Arbeitgebern.
Wir passieren mit der Unternehmerchaft heute so wenig, wie zu
jener Zeit, als wir zum Abschluß von Tarifverträgen schritten.
Richard Müller erkennt an, daß die Sozialisierung viele, viele
Jahre in Anspruch nehmen wird. Was soll dann in diesen Jahren
geschehen ohne die Arbeitsgemeinschaften?

Der Redner erläutert an Hand einer interessanten graphischen
Darstellung den organischen Aufbau der Arbeitsgemeinschaften mit
ihren verschiedenen Abteilungen und dem Reichswirtschafts-
rat an der Spitze. Das Tätigkeitsgebiet der Gewerkschaften wird
dadurch nicht eingeschränkt, sondern festgelegt. Sie sind in der
Lage, entscheidend auf das Wirtschaftsleben einzuwirken zu können.
Wir sind dann gleichberechtigt bei allen wirtschaftlichen Fragen.
Das ist etwas anderes, als es bisher war. Wenn wir in diesen
wichtigen Fragen mitreden wollen, ist es aber notwendig, daß wir
genügend sachverständig sind. (Sehr richtig!) Wir können nicht
allein ohne die Unternehmer die Wirtschaftsprobleme lösen, das
würde genau dahin führen wie es in Russland ist. (Zustimmung.)
Wenn wir uns genügend Sachkunde angeeignet haben, dann können
wir weiter gehen. Frei von aller Scheu, sagt mir (zu der
Mehheit) woher nehmen wir die Kräfte, um durch das Weisheits-
denken der Unternehmer das Wirtschaftsleben allein durchzuführen?
Wir haben diese Kräfte heute noch nicht. Da heißt es, sich auf den
Hofenboden legen und lernen. (Sehr richtig!), da helfen uns keine
Schemen. (Sehr Zustimmung.)

Bei objektiver Betrachtung der Sachlage müssen wir sagen,
eine größere Verlegenheit könnte uns nicht passieren, als wenn die
anderen heute sagen würden, da habt ihr das Ganze, macht ihrs!
(Widerpruch bei der Opposition.) Wenn Ihr behauptet, daß Ihr
das Wirtschaftsleben sofort allein durchführen könnt, dann zeigt
Ihr, daß Ihr hierüber die allergeringsten feid. (Verhaftes sehr
richtig! bei der Mehrheit.) Das Räte-System, das Ihr wollt, ist zur
Erfüllung dieser Aufgaben nicht möglich. Zu dem kann die deut-
sche Arbeiterchaft nur greifen, wenn sie ein Kartenhaus aufrichten
will. Wir brauchen aber einen realen, sicheren Aufbau für unser
Wirtschaftsleben. Das Räte-System ist kein Prinzip, sondern eine
Frage der Zweckmäßigkeit. Die Gewerkschaften sind das sichere
Mittel, das zum Ziele führt. (Sehr Zustimmung.)

Das Sekretariat hierzu hält ebenfalls Richard Müller-Derlin,
der bereits in seinem ersten Referat auf die Frage ausführlich ein-
gegangen ist. Die Darlegungen Cohens hätten bestätigt, daß es sich
hierbei um das Wirtschaftsprogramm handelt, das das Wirtschafts-
amt durchführen wollte. Man soll offen sagen, daß das Streikrecht
der Arbeiter unterbunden werden soll. Der kapitalistische Einfluß
der Unternehmer werde zu stark in der Reichsarbeitsgemeinschaft
zum Ausdruck kommen. Die Regelung dieser Frage in der Form
bedeute eine Stärkung der Unternehmer. Der Tag, an dem die
Unternehmer sagen, da habt ihr alles, macht ihrs, werde bald kom-
men. Während man hier sitzt und tagt, würden draußen die Revo-
lutionswellen immer höher schlagen. Man macht uns verantwortlich
für diese Streiks, ich habe aber letzten Freitag in der Sitzung
der Arbeiterräte von politischen Streiks gegenwärtig abgesehen.
Die Regierung wird sich von selbst abwickeln. Sie fördert die
revolutionäre Bewegung durch die Maßnahmen von Kasse. Es
wird die Stunde kommen, die Cohen für ein Unglück hält, wo wir
alles übernehmen müssen. Wir haben uns darauf vorbereitet und
werden dann der Arbeiterchaft den Weg zeigen. Der Redner
macht in längeren Ausführungen Vorschläge für den Aufbau der
Arbeitsgemeinschaften. (Beifall.)

Die Diskussion

Über die beiden Punkte wird verhandelt. Der erste Redner
Paul Lange-Derlin begründet einen von ihm eingereichten An-
trag, wonach der Gesetzentwurf über die Betriebsräte verworfen
wird, da er nur ein Schutzgesetz für Gunsten der Unternehmer sei.
Auf die Gewerkschaften solle die Durchführung des Räte-
systems bezogen werden, würden aber nicht ausreichen, um alles
durchzuführen, was notwendig ist. Dazu bedürfe es des Räte-
systems der Betriebsräte. Die Arbeitsgemeinschaft sei abzulehnen.
(Stürmische Zurufe) wird darauf hin, daß Lange als

Aufsichtsratsmitglied des Berliner Konsumvereins mitgewirkt habe,
bei diesem Verein die Gewerkschaften auszuschalten und deren Auf-
gabe den Betriebsräten zu überweisen. Mit dem Schlagwort: „Alle
Macht den Arbeiter- und Soldatenräten“ sind selbst viele Anhänger
der U.S.R. nicht einverstanden. Manche Betriebsräte wachen
sich zu neuen Produktivgenossenschaften und kleinen Aktiengesell-
schaften aus, und meinen, die Gewinne unter sich verteilen zu
können. Den Sprung ins Dunkle, den die Opposition machen will,
machen wir nicht mit. (Zustimmung.) Müller sieht alles durch die
Berliner Brille. (Sehr richtig!) Er möchte mehr hinausgehen auf
die kleinen Orte, da sieht manches anders aus. Der Gesetzentwurf
der Regierung bedarf dringend einer Reform, auch muß mit der
Geheimratswirtschaft aufgeräumt werden. Ein freiheit-
licher Ausbau des Arbeiterrechts ist dringend notwendig. (Sehr
Beifall.)

Vorsitzender Reichel teilt sodann das Abstimmungsergebnis
nach Mitgliederzahl über den Antrag Wiebel, Vertrauens-
votum für die U.S.R. mit. Für das Vertrauensvotum stimmten
Vertreter von 3 807 335 Mitgliedern, dagegen 1 483 779 Mit-
glieder. Der Antrag Wiebel wurde somit mit 2/3-Mehrheit ange-
nommen.

Nach der Mittagspause spricht
Lott-Berlin (Metallarbeiter): Die Unternehmer werden niemals
mehr Zugeständnisse machen, als sich mit ihren Profitinter-
essen vereinbaren läßt. Sie gehen in letzter Zeit dazu über, den
Arbeitern so gut wie gar kein Kontrollrecht zuzugestehen. Die
Unternehmer sind nicht die entscheidenden intellektuellen Kräfte,
die wir zum Aufbau des Wirtschaftslebens brauchen. Es ist auf
gabe der Gewerkschaften, die Betriebsräte zu schulen. Die Räte
wird man nicht mehr aus der Welt schaffen. Alle produktivblätigen
Kräfte sollen dabei mitwirken.

Vorsitzer-Stuttgart (Metallarbeiter): Bei uns liegen die
Dinge doch anders als in Russland. Müller sagt, wir wollen die
wahre Demokratie. In Mannheim haben die Vertrauensmänner
der U.S.R. in einem Betriebe den Mitgliedern der Sozialdemo-
kratischen Partei erklärt, daß wenn sie in Zukunft noch
hinter der Sozialdemokratischen Partei stehen,
dann würden sie als Gelbe betrachtet und be-
kämpft. (Große Bewegung bei der Mehrheit.) Das ist die
Demokratie bei der U.S.R. (Sehr richtig!) Müller ist
einer derjenigen, der mit daran schuld ist, daß die Regierung noch
teilweise in reaktionärer Weise zusammengesetzt ist. (Sehr
Beifall bei der Mehrheit; Großer Lärm bei der Minderheit.) Müller hat
gesagt, nur über meine Reiche geht der Weg zur Nationalversamm-
lung. Gätten wir früher die Wahl gehabt, wäre ein anderes Resul-
tat herausgekommen. (Zurufe.) Wenn die revolutionäre Ge-
stimmung in der Masse in derart starker Weise vorhanden ist, wie
Müller sagt, dann muß sie doch bei der Wahl zum Ausdruck kom-
men. (Sehr richtig.)

Reimann-Düsseldorf (Metallarbeiter): Ich gehöre zur Opposi-
tion, bin aber der Ansicht, wir sollen versuchen, uns näher zu
kommen, uns zu verstehen. Betriebsräte und Gewerkschaften müs-
sen zusammenarbeiten. Den Betriebsräten müßten die Eigentüm-
erwelt übertragen werden. Aus den Arbeitsgemeinschaften sollen
wir das Mißliche herauslösen, ich bemerke sie nicht grundsätzlich.
Janison-Melitt (U.S.R.): Die Mit-.,., daß die Regierung
ein Gesetz über den Arbeiterfrieden in Vorbereitung hat, ist frei-
erfunden und bereits demontiert. Die deutschen Gewerkschaften
werden niemals der Beseitigung des Streikrechts zustimmen. Wenn
der U.S.R. etwas derartiges unternehmen wird, muß dieses ent-
scheiden zurückgewiesen werden. Redner zeigt an Beispielen aus der
Wirtschaft der russischen Arbeiter, wie dort die ganze Pro-
duktion zerstückelt wurde. Wir müssen verhindern, daß Dezentralisation
Platz greift und stoffliche Zentralisation durchführt. (Sehr
Beifall.)

Giebel-Berlin (Büroangestellter): Wir haben die Aufgabe,
Bege einzuschlagen, die es ermöglichen, die Arbeiterchaft von dem
furchtbaren Druck des Tages zu befreien. Räte-System, wie es die
Opposition will, bedeutet Diktatur. Der Sozialismus will aber
nicht die Abschaffung der Klassenherrschaft durch eine andere. (Sehr
richtig!) Wir brauchen die Erfahrungen der Unternehmer und ihre
Mitarbeiter. Eines Tages wird die Masse in ruhiger Würdigung der
Dinge einsehen, daß es kein Glück für sie ist, der hohen Scheu zu
folgen. (Beifall bei der Mehrheit.)

Nach weiteren Ausführungen wurde ein Schlußantrag
angenommen.

Es folgen die Schlussworte. Bemerkenswert ist, daß Richard
Müller sagte, der Ausbau des Räte-Systems werde vielleicht jahre-
schneitlang dauern. Wir wollen die Arbeiter zur Arbeit an-
halten, wenn es zur Aufrichtung einer sozialistischen Gesellschaft
ist. Die Ausführungen von Müller werden wiederholt von hartem
Widerpruch und Beifall von seinen Anhängern unterbrochen.

Cohen rechnete mit den Kritikern der Arbeitsgemeinschaft in
längerer Rede ab. Schwere, praktische Arbeit, Schritt für Schritt
vorwärts, das sei die einzige Möglichkeit zur Verwirklichung des
Sozialismus. (Beifall bei der Mehrheit.)
Die Verhandlungen werden dann auf Freitag verlag.

Badische Politik.

Die „Heidelberger Zeitung“

scheint nach dem Ruhme zu streben, das reaktionäre Blatt
Badens zu sein. Keine Nummer dieses ehemaligen Organs
der Heidelberger Liberalen erscheint, in welchem nicht dem
alten System, den alten Gewalten mit ihren bekannten brutalen
Methoden ein Loblied gesungen und den jetzigen Re-
gierungen — merke! ob in Berlin oder in Karlsruhe —
Unfähigkeit und Verräterische zum Vorwurf gemacht
wird. Auch auf die Debatten des badischen Landtages hat seine
Art, den politischen Kampf auf das perhülteste Gebiet hin-
überzuspielen, eingewirkt und nicht nur der Minister des
Innern, sondern auch die Parteien des Landtages, mit Aus-
nahme der Deutschnationalen, wiesen es energisch in die ihm
gebührenden Schranken zurück.

Unter diesen Umständen muß doch einmal die Frage auf-
gehoben werden: Welche politischen Kreise stecken
hinter der „Heidelberger Zeitung“ und welche
wirtschaftlichen Interessen werden durch sie vertreten! Und da
ist es natürlich kein Zufall, daß man in erster Linie den be-
kannnten Direktor Schott von der Zeimener Zement-
werke nennt, der an der derzeitigen Finanzierung der
„Heidelberger Zeitung“ nicht unbeteiligt ist. War doch auch
die „Heidelberger Zeitung“ das einzige Blatt Unterbadens,
das am vorigen Samstag die Beschlagnahme des zur Aus-
fuhr nach Holland bestimmten Zementes tabelle und deswe-
gen den bodischen Arbeitsminister Rüdert über angegriff,
und an den bekannten Skandalen in den Zeimener Zement-
werken dürfte Herr Schott nicht unangewandt sein. Man geht
deshalb gewiß nicht fehl, wenn man nicht nur
eine politische Verbindung zwischen Herrn Schott und
der „Heidelberger Zeitung“ konstruiert. Ist diese Vermutung
aber richtig, dann darf ruhig die Behauptung gewagt werden:
Die „Heidelberger Zeitung“ vertritt ganz offen und unent-
wegt die politischen und wirtschaftlichen Interessen badi-
scher Großkapitalisten. Dementsprechend wird man
ihre heftigen Angriffe auf die Sozialdemokratie, die sozialdemo-
kratische Presse und dann auch auf die derzeitige badische
Kabinettsregierung einordnen. Man erkennt diesen Presse-
sinn an seinem Geheiß:

Die Ergebnisse der Einkommens- und Vermögenssteuer in Baden.

Im Auftrage des Ministeriums der Finanzen hat die Zoll-
und Steuerdirektion eine Statistik der Einkommens- und Vermö-
genssteuer ausgearbeitet. Die Einkommenssteuer besteht in Baden
seit 1886, die Vermögenssteuer seit 1903. Darnach betrug die Zahl
der Steuerpflichtigen 1886 317 196, der veranlagte Steuerbetrag
4 502 841 M. Im Jahre 1916 belief sich die Zahl der Steuer-
pflichtigen auf 443 008, der Steuerbetrag 67 588 198 M. 80 Pfa.
Die Vermehrung der Steuerpflichtigen betrug von 1886 bis 1919
30,7 Hundertteile, des Steuerbetrages 1401 Hundertteile. 1919 be-
trägt das Einkommen aus Grundstücken, Gebäuden, Land-
und Forstwirtschaft 327 524 563 M., aus Gewerbebetrieben 586 898 280
M., aus sonstiger Arbeit und Dienstleistung 653 993 482 M.,
aus Kapitalen und Renten 196 079 312 M., aus Schuldzinsen
59 605 069 M., das gesamte steuerbare Einkommen 1 676 193 572
M. Vermögenssteuer hatten 1919 in Baden 410 468 Perso-
nen zu zahlen. Das steuerbare Vermögen betrug 12 422 643 399
M., der Steuerbetrag 13 588 108 M.

Zur Landesheuerfrage.

Im Hinblick auf die bevorstehende Entscheidung des Landtags
über einen Landeszuschuß zu den Kosten des Landes-
theaters in Karlsruhe dürfte von Interesse sein, welche
Regelung der Landesheuerfrage die württembergische Regierung
dem Landtag in Tübingen bringt. Der Staatsausgabenplan stellt
die Lieberrnaure des Betriebs des Landes-theaters
auf die Staatsverwaltung vor und entfällt im Ver-
anschlag als Summe der Ausgaben 5 777 000 M., als Summe der
Einnahmen 2 064 000 M., rechnet also mit einem Defizit von
1 713 000 M., welcher durch den Staat übernommen werden soll.
Zur Begründung der Uebernahme legt die württembergische Regie-
rung eine Statistik vor, in der u. a. ausgeführt wird:

Der Zuschußbedarf betrug 1914/15 725 000 M., 1918/19
775 000 M. Er hatte also rund ein Drittel des Geldbetrags der
Zuschüsse in Anspruch genommen. Voraus ergibt sich, daß das
Theater immer mehr eine Landesangelegenheit geworden ist und
daß der Antrag der Regierung, das Theater nun als Staatsanstalt
weiterzuführen, der Entwicklung der Dinge entspricht.

Die Verhältnisse in Stuttgart liegen demnach ungefähr eben-
so wie die in Karlsruhe, wo das Theater ebenfalls seit Jahren nur
durch starke Inanspruchnahme der Mittel der Ziviliste (also von
Landesmitteln) fortgeführt werden konnte. Auch in Stuttgart muß
die Stadt erheblich zur Deckung der Defizits beitragen. Der Haupt-
teil des Defizits verbleibt aber dem Staat zur Tilgung. In beiden
Fällen handelt es sich um die Erhaltung von Institutionen mit
reicher künstlerischer Tradition, die auf entsprechender Höhe wei-
tergeführt bedeutende Kulturfaktoren darstellen und dem ganzen
Landes- und Theaterleben zu bringen vermögen. Auch das Landes-
theater in Karlsruhe ist sich der Größe seiner Aufgaben bewußt,
vor denen es in der Stuttgarter Denkschrift heißt: Es wird er-
forderlich sein das Theater auf dem höchstmöglichen künstlerischen
Stand zu erhalten. Weiterhin wird die Veranstaltung von Schau-
spielen im Land neu auszubauen und dafür zu sorgen sein, daß
das Landes-theater mehr als bisher den weitesten Kreisen des
Volkes zugänglich wird.

Aus dem Justizdienst.

Von Seiten der Justizaktuarie wird uns geschrieben: Der
Herr mittlere Verwaltungsbeamte, der sich im Abendblatt der „Ba-
dischen Presse“ vom 23. Juni unter Eingelände so energisch gegen
die Justizaktuarie ausgesprochen, kann sich beruhigen; wir werden ihm
sein Wort und seinen Titel nicht nehmen, erwarten aber auch von
ihm, daß er uns unseren „Justizaktuar“ nicht abspricht. Durch
das Versehen der Prüfung als Justizaktuar sind wir
unter die Zahl der Aktuarie aufgenommen und haben vom Justiz-
ministerium über die Ernennung zum Justizaktuar eine Urkunde
in Händen, die ihre Rechtmäßigkeit nicht verlieren hat. Ueber die
Verhältnisse bei der Justizverwaltung scheint der Herr mittlere
Verwaltungsbeamte nicht unterrichtet zu sein. Der Verwaltungs-
aktuar macht sein eines Examen und wird Verwaltungssekre-
tär. Der Justizaktuar macht sein eines Examen und wird —
unterer Beamter. Andererseits wird aber bei der Justizver-
waltung z. B. der Notariats-Büroassistent ohne Mittelschul-
bildung und ohne Prüfung Justizsekretär. Davon, daß
zur Anstellung als „Aktuar“ in Art. 3 des Gehaltsstatuts von
1908, der noch in Kraft ist, auch die Gerichtsschreiberprüfung ab-
gelegt werden muß, steht im Gesetz nichts. Ebensowenig
wie der Verwaltungsaktuar die Revidendenprüfung ablegen muß.
Vielmehr heißt es ausdrücklich unter G. 8: „Aktuar“ und
nicht: „Sekretäre“. Der Herr Verwaltungsbeamte möchte uns
gerne aus der Liste der Aktuarie streichen; hierzu wird er aber
wohl nicht zuständig sein. Also Schuster blieb bei dem e in dem
Reisler!

Unsere Ausführungen richteten sich, wie jedem aufmerksamem
und unbefangenen Leser klar sein mußte, nicht gegen die Ver-
waltungsaktuarie bzw. mittleren Verwaltungsbeamten, sondern
gegen die ungerechte Behandlung der Justizaktuarie
durch die Justizverwaltung. Was dem Einen recht
ist, ist dem Andern billig! Oder glaubt der Herr mittlere Ver-
waltungsbeamte, daß er mit seinem einen Examen uns irgend
etwas voraus hat? Beileibe nicht! Justizaktuar und Verwaltungs-
aktuar haben nun einmal die gleiche Vorbildung, die gleiche Ver-
bereitungszeit und beide legen eine Aktuarsprüfung ab,
so daß nur noch die ungleiche Behandlung durch die vorgesetzten
Ministerien übrig bleibt und nur dagegen richten sich unsere Aus-
führungen. Wir sind nicht neidisch, wenn der Verwaltungsaktuar
mit seiner einen Prüfung Sekretär wird, aber wir wollen auch
leben! Gleiches Recht für alle! Wir wehren uns gegen die Behand-
lung als unterer Beamte, weil wir keine Unterbeamten sind, denn
diese haben kein Einjähriges und keine Fachprüfung. Auf die erit
vor kurzen den etatsmäßigen Aktuarien versehenen unentgelt-
lichen Titel Justizsekretär und Verwaltungssekretär leisten wir
gerne Verzicht und begnügen uns mit dem Titel Staatsarbeiter
in Art. 3. Wenn uns die Justizverwaltung heute noch die
Gerichtsschreiberprüfung ablegen lassen will, so können wir darauf
mit dem gleichen Stolz verzichten, mit dem der Herr mittlere
Verwaltungsbeamte auf die Revidendenprüfung verzichtet.

Ueber die Aufhebung der Verordnung vom 18. Juni 1914, die
die Prüfung des Justizaktuars als Gerichtsschreiberprüfung
ansieht, wird Entscheidung getroffen werden müssen. Zum mindes-
ten kann diese Verordnung auf diejenigen Aktuarie, die schon vor
Inkrafttreten der Verordnung die Prüfung bestanden hatten, keine
Anwendung finden.

Kreisverammlungen.

Mannheim, 6. Juli. Die Kreisversammlung beschloß u. a.,
sich an der Gründung eines Mittelhandsanatoriums in Heidel-
berg zu beteiligen und zwar zusammen mit den Kreisen Heidel-
berg und Mosbach. Der Einlageanteil des Kreises Mannheim soll
90 000 M. betragen. Das Gesamtvermögen des Kreises be-
trägt sich auf 1,8 Millionen Mark. In den Kreisabschluss wurden
gewählt: 4 Sozialdemokraten, je zwei Demokraten und Zentrum-
mitglieder und je ein Unabhängiger und Deutsch-Nationaler.

Freiburg, 7. Juli. Die Kreisversammlung beschloß die Er-
richtung eines Mittelhandserholungsheims mit 100 Betten und
später einer Tuberkuloseheilstätte. Die nötigen Mittel mit rund
1 Million Mark hat das Kreis-Kreuz gesammelt. Den Kreisbeamten
wurden Feuerungszulagen gewährt.

Ursach, 7. Juli. Die Kreisversammlung beschloß zur Urbar-
machung des Rheinborgebietes bei Reuenburg 150 000 Mark zu
den Kosten beizuführen und der Gemeinde 20 000 Mark zuzu-
schicken, damit ihre arbeitslosen Zerstörer bei der Ausführung
des Projektes Verwendung finden.

Deutsche Nationalversammlung.

Weimar, 7. Juli.

Präsident Fehrenbach eröffnet die Sitzung um 2.25 Uhr. Fortsetzung der Verfassungsberatung.

Art. 60 bestimmt, die Gesetzesvorlagen werden von der Reichsregierung oder von der Mitte des Reichstages eingebracht. Ein Antrag der Unabhängigen wünscht den Zusatz: Der Reichswirtschaftsrat beteiligt sich an der Gesetzgebung nach den Bestimmungen der Verfassung. Im übrigen wird reichsgesetzlich die Teilnahme der Arbeiterräte an der Gesetzgebung geregelt.

Reichskommissar Dr. Preuß wendet sich gegen den Antrag. Man könne bei der Beratung des Art. 162 auf die Anregung der Unabhängigen zurückkommen.

Die Abstimmung über den Antrag ergibt 120 Stimmen gegen 80 für den Antrag. Das Haus ist also nicht beschlußfähig. Der Präsident Fehrenbach eröffnet die zweite Sitzung um 3.05 Uhr.

Bei Art. 73 und 74 beantragt die Deutsche Volkspartei Streichung.

Art. 74 bestimmt, ein vom Reichsrat beschlossenes Gesetz ist vor seiner Verkündung zum Volksschied zu bringen, wenn es der Reichspräsident binnen eines Monats bestimmt. Ein Gesetz, dessen Verkündung auf Antrag von mindestens einem Drittel des Reichstages aufgeschoben ist, ist dem Volksschied zu unterbreiten, wenn es ein halb Prozent der Stimmberechtigten Wähler beantragt. Im übrigen sieht Art. 74 eine Volksabstimmung vor, wenn ein Prozent der Stimmberechtigten das Begehren nach einem Gesetze stellt.

Die Unabhängigen beantragen für den ersten Satz die Fassung: Die Reichsregierung kann ein Gesetz vor der Verkündung binnen eines Monats nach der Schlußabstimmung im Reichstage zum Volksschied bringen.

Die Sozialdemokraten beantragen für den zweiten Satz die Fassung: Ein Gesetz ist dem Volksschied zu unterbreiten, wenn ein halb Prozent der Stimmberechtigten es binnen zweier Monate nach der Schlußabstimmung im Reichstage fordert.

Hg. Geinge (D. V.): Der Ausschuh hat gegenüber der Vorlage die Möglichkeit des Referendums erheblich beschränkt. Diese Ausdehnung beruht auf der Tendenz eines starken Mißbrauches gegen die gesetzlich herkömmlichen Institutionen. Sie ist der Ausfüh einer übertriebenen Demokratisierung und lähmt damit die Kraft der verantwortlichen Organe.

Hg. Dr. von Dellbrück (D. N.): Die Meinungen in meiner Fraktion sind geteilt. Das Volksbegehren lehnen wir einmütig ab. Die Masse der Wähler ist jedenfalls nicht die geeignete Instanz, eine gesetzgeberische Initiative auszuüben.

Hg. Kabenstein (Soz.): Ich leugne nicht, daß das Referendum unter Umständen fortschrittlich wirken kann. Nebenfalls muß aber, wenn die Volksvertretung einem starken Bedürfnis, das im Volke herrscht, nicht Rechnung trägt, die Möglichkeit bestehen, daß allein durch die Souveränität des Volkes ein Gesetz zustande kommt.

Reichskommissar Dr. Preuß: Die Anträge dienen dazu, die Fassung vollkommen unübersichtlich zu machen. So scheint die Kritik wirklich überflüssig, daß hier Mißtrauen über Mißtrauen, Kontrolle über Kontrolle verlangt wird. Was dem Volke an Rechten mehr gegeben wird, steht in ungeheurer Verhältnisse zu dem Schaden, der der Gesetzgebung zugefügt wird.

Hg. Koch-Nafzel (Dem.): Das Volk ist das beste und sicherste Kontrollorgan, besser als irgend eine Kammer oder sonstige Körperchaft.

Hg. Dr. Cohn (U. S.): Der Volksschied bedeutet einen neuen Gedanken und ist ein richtiges Mittel für die Politisierung der Massen.

Hg. Dr. Quard (Soz.): Die Schweiz hat die beste Erfahrung mit dem Referendum gemacht, es ist ein Bestandteil der Demokratie. Es wäre ein Fehler, es nicht in die Verfassung aufzunehmen.

Hg. Dr. v. Dellbrück (D. N.): Wir lehnen das Volksbegehren ab, weil es sich hierbei in der Regel um Dinge handelt, die in der Öffentlichkeit nicht genügend erörtert worden sind.

Nach einer weiteren Bemerkung des Hg. Gauhmann (Dem.) werden die Art. 73 und 74 unter Ablehnung aller Anträge unverändert angenommen.

Bei Art. 75 wird ein Änderungsantrag der Sozialdemokraten und ein Streichungsantrag der U. S. abgelehnt und der Artikel in der Fassung des Entwurfs angenommen.

Ohne Erörterung erfolgt sodann die Annahme des Art. 76. Es folgt die Beratung des sechsten Abschnittes. „Die Reichsverwaltung.“

Hg. Dr. Quard (Soz.) berichtet über Art. 78-100. Die Art. 78 bis 87 werden ohne Erörterung nach den Ausschuhbeschlüssen angenommen.

Bei Art. 88 (Post- und Telegraphenwesen) bitten der hoherrliche Befandte Dr. v. Freger und Reichskommissar Dr. Preuß um vorläufige Aufhebung der Beratung, da innerhalb der beteiligten Ressorts noch Verhandlungen über das streitige Verordnungsrecht des Postministers stehen.

Das Haus lehnt jedoch diesen Wunsch ab, da in der dritten Lesung noch Änderungen vorgenommen werden könnten.

Hg. 2 des Art. 88 bestimmt, Verordnungen jeder Art erläßt die Reichsregierung mit Zustimmung des Reichsrates. Die Reichsregierung kann die Befugnisse mit Zustimmung des Reichsrates auf den Postminister übertragen.

Hg. Steinlopf (Soz.) beantragt Streichung des Artikels. Nach der Vereinheitlichung des Postwesens habe die Mitwirkung des Reichsrates keinen Sinn mehr, außerdem trete diese Bestimmung in Widerspruch zu Art. 77, wo das Verordnungswesen allgemein geregelt wird.

Nach kurzer Debatte wird Hg. 2 des Art. 88 gemäß dem Antrag Steinlopf gestrichen. Im übrigen ist der Artikel angenommen.

Die Bestimmungen über die Reichseisenbahnen werden ohne Erörterung angenommen.

Art. 97 gibt dem Reiche das Recht auf Übernahme der schiffbaren Wasserstraßen.

Ein gemeinsamer Antrag des Zentrums, der Demokraten und der Deutschen Volkspartei will die Nutzung der Wasserkräfte und die Regelung des Gemeingebrauchs der Wasserstraßen den Ländern zu überlassen.

Der Art. 97 wird unverändert angenommen. Der übrige Teil des sechsten Abschnittes wird gleichfalls unverändert angenommen. Hinzugefügt wird auf Antrag sämtlicher Parteien, außer den Unabhängigen, ein Art. 100 a, wonach das Reich alle Seeregeln übernimmt.

Demnach verläßt sich das Haus. Nächste Sitzung Dienstag 9 Uhr. Steuergejet.

Schluß 6.40 Uhr.

Berlin, 7. Juli. (Privatmeldung.) Reichsfinanzminister Erzberger wird, wie die politisch-parlamentarischen Nachrichten erfahren, morgen in der Nationalversammlung sein großes Finanzexposé geben. Der endgültige Termin der Einbringung der großen Vermögensabgabe steht noch nicht fest. Nebenfalls ist es der Wunsch des Ministers, sie noch im Juli vor der Nationalversammlung zu bringen.

Erwerbt das bad. Staatsbürgerrecht!

Soziale Rundschau.

14. Generalversammlung der Central-Fronten- und Sterbekasse der deutschen Wagenbauer. W. a. G.

Die Generalversammlung der Wagenbauer-Fronten- und Sterbekasse der deutschen Wagenbauer tagte vom 23.-25. Juni in den städtischen Räumen der Brauerei Wilh.-Berlin. Neben den Vertretern des Hauptvorstandes waren 80 Delegierte aus dem Gebiet des deutschen Reiches erschienen. Der Vorstandsvorsitzende Witz, Ebeling-Gottha gebadte bei Eröffnung der Tagung der bis jetzt 1823 gemeldeten Kassennmitglieder, die dem Vätermorden zum Opfer gefallen sind. Den Hinterbliebenen der Gefallenen wurde von der Kasse das Sterbegeld freiwillig gewährt. Dem 70-jährigen Hauptkassierer Tillig-Gottha wurde als Anerkennung für seine 40-jährige Tätigkeit ein prachtvoll künstlerisch ausgestattetes Ehrendiplom überreicht. Tillig war Gründungsmitglied der Kasse, die 1873 288 Mitglieder zählte. Sie war damals ein Nebenglied des damaligen Stellmadervereins und mußte infolge der Verfolgung während des Sozialistengesetzes losgetrennt werden, um nicht der Auflösung anheimzufallen. Die Kasse mußte wiederholt ihren Sitz von Leipzig nach Hamburg verlegen und kam dann endgültig nach Gottha. Tillig hatte es verstanden, all die schwierigen Aufgaben unter Einwirkung seiner Person und unter schweren Opfern zu umgehen. Heute ist die Wagenbauer-Frontenkasse eine der bestfundiertesten; es ist dieser glänzende Stand in erster Linie der Tätigkeit Tilligs zuzuschreiben. — Eine weitere Ehreung galt dem 70-jährigen Vorsitzenden Hering-Berlin für seine 32-jährige Tätigkeit in der Kasse, ebenso den Gründungs- bzw. Vorstandsmitgliedern Wäferling und Wittkammer. — Die gedruckt vorgelegten Geschäfts- und Kassenberichte lösten eine ausgiebige sachlich gehaltene Diskussion aus. Die Kasse zählt zur Zeit rund 34 000 Mitglieder; von den Kriegsteilnehmern fehlen noch etwa 11 000. Die reine Einnahme betrug während den letzten 3 Jahren 1 963 561.48 M. Die reine Ausgabe ergab in gleicher Zeit 1 770 695.33 M. es ist mithin eine Mehreinnahme von 192 866.15 M. zu verzeichnen. Nach dem Bericht des Hauptkassierers Tillig ist im 1. Quartal 1919 eine Mehrausgabe von 86 000 M. zu verzeichnen. Das Vereinsvermögen der Kasse beträgt insgesamt 1 208 534.08 M.; dem Reservefonds sind 1 100 062.43 M. zugeführt. Der gesetzlich vorgeschriebene Reservefonds ist a. N. um 628 855.66 M. überschritten. Dieser sehr günstige Stand ist zum Teil dadurch herbeigeführt, daß infolge des Krieges eine Verminderung der Mitgliederzahl und dadurch gleichzeitig ein Rückgang der Ausgaben erfolgte.

Den Bericht der Statutenberathungskommission erstattete Schneider-Karlruhe. Nicht weniger als 114 Anträge waren zur Statutenänderung eingebracht. Die Anträge betrafen hauptsächlich Erhöhung der Beiträge sowie der Klassenleistungen. Die Beratungen dieser Anträge und des Statuts dauern sich lange an. Beschlossen wurde, das Beitragsalter bei dem 40. Lebensalter zu belassen, das Beitragsalter in höhere Klassen auf das 50. Lebensjahr zu erhöhen. Es werden nur 4 Klassen anstatt 5 bisher gebildet. Der wöchentliche Beitrag wird in der 1. Klasse auf 40 M., in der 2. Klasse auf 60 M., in der 3. Klasse auf 80 M., in der 4. Klasse auf 1 M. erhöht. Das Krankenfeld wird vom 20fachen auf den 27fachen Betrag erhöht. Es beträgt in der 1. Klasse pro Woche 10.80 M., in der 2. Klasse 16.20 M., in der 3. Klasse 21.60 M., in der 4. Klasse 27 M. Das Sterbegeld beträgt in der 1. Klasse 70 M., in der 2. Klasse 85 M., in der 3. Klasse 100 M., in der 4. Klasse 115 M. Es erhöht sich nach 5, 10, 15- und 20-jähriger Mitgliedschaft je um 10 M. im Höchstbetrag auf 155 M. Nach Genehmigung durch das Ausschiktsamt treten die erhöhten Beiträge ab 1. Oktober 1919, die erhöhten Leistungen ab 1. Jan. 1920 in Kraft.

Die Kasse hat eine besonders angelegte Sterbekasse für Mitglieder und deren Frauen. Auch diese Kasse steht auf guter Grundlage. — Die monatlichen Beiträge werden auf 30 M. festgelegt. Eine doppelte Klasse mit doppelten Beiträgen gelangt ab 1. Oktober 1919 zur Einführung. Das Sterbegeld beträgt nach einjähriger Mitgliedschaft 100 M., nach 1 1/2 Jahren 150 M., nach 2 Jahren 175 M., nach 10 Jahren 200 M. — Die Generalversammlung brachte also günstige Fortschritte für die Kassennmitglieder. Die derzeitige Vorstandschäft wie Ausschiktsamtsmitglieder wurden wiedergewählt. Die Wagenbauer-Frontenkasse zählt 273 örtliche Verwaltungskstellen innerhalb des deutschen Reiches. Das Lokal in Karlsruhe ist im „Waldhorn“ in der Rühpurrerstraße. Die Kassennmitglieder selbst tun gut, sich in den örtlichen Versammlungen über das Ergebnis der 14. Generalversammlung zu informieren. Schn.

10. Verbandstag des Deutschen Transport- und Verlehrsarbeiterverbandes.

Im Bürgermuseum zu Stuttgart fand in der vorliegenden Woche der 10. Verbandstag des Deutschen Transport- und Verlehrsarbeiterverbandes statt, zu dem 259 Delegierte aus allen Gauen Deutschlands erschienen waren. Den Geschäftsbereich über die letzten fünf Jahre gab der Verbandsvorsitzende Schumann in fast dreistündigem Vortrage. Die Zahl der Mitglieder schrumpfte infolge des unglückseligen Weltkrieges von 280 000 auf 68 000 zusammen. Von den 148 000 Ausgerückten fehlten 11 000 nicht mehr wieder. Heute zählt die Organisation 400 000 Mitglieder, darunter 67 000 Frauen. Die Eisenbahner, die sich vom Verbande getrennt, haben auch bereits 350 000 Organisierte. Für das Luftverkehrspersonal wurde eine besondere Berufsstellung gebildet. Zu heftigen Auftritten kam es, als Schumann auf die Kriegspolitik zu reden kam. Als er dabei auf das Verhalten und Verhalten der Rüstungsarbeiter einging, erregte er hitzigen Beifall. Bedauerlich sei es, daß sich die Gewerkschaften am 9. November haben ausschalten lassen. Zum Schluß verurteilte er die in letzter Zeit beliebte politische Intoleranz, die häufig in Maßregelungen von Verbänden gegenstellen ihren Ausdruck finde.

Der Kassennbericht zeigte, daß die in Köln nach heftigen Kämpfen beschlossenen Staffelleistungen sich außerordentlich gut bewährt haben. Ueber den Vorstandsbericht entspann sich eine teilweise leidenschaftlich geführte Debatte, die volle zwei Tage in Anspruch nahm. Im Vordergrund standen die zurzeit auf allen Verbändenlagen so heftigen Fragen, wie die Kriegspolitk der Gewerkschaften und der Generalcommission, die Haltung zum Hilfsdienstgesetz, Verlagerungszustand, Mafefrage usw. Dabei prallten die politischen Gegensätze äußerst heftig aufeinander. Mit besonderer Schärfe ging man gegen den Redakteur Müller wegen seiner Annekfionspolitk im Verbandsorgan Courier vor. Auf diese Angriffe antwortete Müller in einer großangelegten Rede, die eine vebenerische Glanzleistung war und gar manchen Vorwurf wirkungslos entkräftete. Nach Schluß der Diskussion wurden die Berliner Anträge, die die Kriegspolitk beurteilten und auf eine Amtsenthebung oder Nichtwiederwahl einzelner Vorstandsmglieder abzielten, abgelehnt. Das Verbandsorgan erscheint nunmehr wieder achtkwöchentlich. Nach einem instruktiven Referat des Redakteurs Lindow über die Aufgaben der Gewerkschaften nach der Revolution behandelte Bender das Thema: Sozialisierung im Handels-, Transport- und Verlehrsgebiete. Der Verbandstag stimmte seinen Ausführungen durch Annahme einer Resolution zu.

Zu dem System der Betriebsräte einigte sich der Verbandstag auf eine längere Entschließung in der zunächst festgelegt wird, daß die Gewerkschaften nach wie vor der Revolution, die beruflichen Organe zur Vertretung der Interessen der Arbeiter auf wirtschaftlichem, wirtschafts- und sozialpolitischem Gebiet sind und dann

betont, daß zur Durchführung der Betriebsdemokratie und Kontrolle der gesamten Volkswirtschaft Betriebsräte notwendig sind. Zu Punkt Statutenänderung werden im großen ganzen die Anträge der Kommission angenommen. Das Eintrittsgeld wird auf 2 M. und 1.50 M. festgesetzt und die Beiträge für die vier Klassen auf 50, 70, 90 und 110 M. erhöht. Dementsprechend fand die Streik- und Maßregelungsunterstützung, sowie das Sterbegeld eine Steigerung.

Auf den Gewerkschaftskongress nach Nürnberg wurden 38 Delegierte gewählt, wobei die einzelnen Branchen gebührend berücksichtigt wurden, die Berliner Delegation aber leer ausging. Bei der Wahl der besoldeten Vorstandsmglieder wurden die jetzigen Mitglieder wiedergewählt.

Kommunalpolitik.

Der verschundene Döfse.

r. Kappelrodt (Amt Ahen), 30. Juni. Am die Osterzeit dieses Jahres ging hier das Gerücht um, Fabrikant Len!, ein bekannter Kriegsgewinnler von hier, habe einen schweren Oshen aufgeschirrt nach Badlum geliefert, wo das Tier dann schwarz geschlachtet worden sei und im Gasthaus zum „Neßloch“ dem dort seine Zeit losschlagenden Publikum als Wagenfüllung gebietet hätte. Die von der sozialdemokratischen Partei in hiesigem Ort eingesehene Lebensmittelkommission wurde in der Angelegenheit beim Bürgermeisteramt vorstellig; der Bürgermeister erklärte, die Sache sei bereits in den Händen der Gendarmerie, es würde Aufklärung darüber bald geschehen sein. — Nun sind bald über 2 Monate verflohen und wir hatten noch immer der Aufklärung, fest steht jedoch, daß der Oshen fort ist, daß er aufgeschirrt nach Badlum gekommen ist und daß er geschlachtet worden ist. Wo bleibt da nun der früher so gepriesene Spürsinn der zuständigen Organe? Oder traut man sich denn nicht, sich einem „hohen“ Herrn nahe zu treten?

Die bezugsberechtigten Einwohnerchaft ist über solch ein laues Verhalten um so mehr empört, als solche Schieberereien bereits gewerksmäßig getrieben werden, während im Ort selbst die vorgeschriebene Fleischmenge äußerst selten zu erhalten ist. Im Interesse der hungernden Bevölkerung und im Interesse des Rechts werden wir deshalb nicht ruhen bis der Fall amtlich klargestellt ist und wenigstens einmal ein Exempel statuiert ist. Wir werden uns gerade deshalb an die Oeffentlichkeit, damit die zuständigen Behörden beauftragt werden, nun überzeuht die Sache nachdrücklich zu verfolgen. Oeffentlich geht die Angelegenheit nun etwas rajder vom Fleck als es bis jetzt der Fall war.

s. Linsenheim, 2. Juli. Am 28. Juni fand hier die erste Sitzung des neugewählten Gemeindefolleiums statt. Erster Beratungsgegenstand war die Ernennung eines Gemeindevorstandes. Als Bewerber hatten sich zwei Kriegsinvaliden gemeldet, gewählt wurde mit 82 gegen 21 Stimmen Herr W. Heu j e r. Der zweite Punkt betraf den Verkauf von Gemeindegelände an einige Bürger; der Gemeindevorstand beantragte die Ueberlassung um 2 M. den Quadratmeter. Die Vertreter unserer Partei erklärten, diesen Preis als zu hoch, da die Gemeinde selbst für die Fläche nur 1.20 M. für den Quadratmeter bezahlt hätte, mit 1.50 M. wäre das Gelände gut bezahlt. Der stellvertretende Bürgermeister stimmte unserem Antrag zu, während einige bürgerliche Vertreter dagegen waren. Schließlich wurde unser Antrag mit großer Mehrheit angenommen.

Der dritte Punkt betraf „Anträge und Wünsche“ und brachte eine eingehende Aussprache über die Lebensmittelversorgung unseres Ortes. Die Vertreter der bürgerlichen Parteien verlangten, daß die Lebensmittel vom Rathaus entfernt und den aufsteuen zum Verkauf überlassen werden möchten. Der stellvertretende Bürgermeister wandte sich gegen diesen Antrag. In letzter Zeit sind öfters Anfragen gekommen, wieviel dem einzelnen bezugsberechtigten zuzute, so zum Beispiel betraf dem Kunstfönig, wobei 2433 ramn zugehört waren, dabei aber nur 180 Gramm verteilt wurden. Beim Vertrieb durch die Kaufleute würde die Verlehrsarbeiterschaft nun noch mehr getrieben werden. Auf Anfrage zweier bürgerlicher Vertreter, es müsse der Beweis für diese ungerechte Verteilung erbracht werden, wurde den beiden Herren sofort aus der Versammlung heraus gebiet, ein Genosse erklärte, daß er sowohl zu wenig Kunstfönig wie auch zu wenig andere Lebensmittel erhalten habe; außerdem formen noch eine Anzahl weiterer Familien dies bezeugen. Wenn es Raffee-Ertrag oder Kriegsgelde gibt, da wird alles bis aufs Gramm ausgegeben. Ein Gemeindevorstand stellte den Antrag, daß, sobald es Lebensmittel zum Verteilen gäbe, dies durch den Ortsdiener befanntgegeben werden möchte. Der Antrag wurde angenommen. — In der Arbeiterchaft Linsenheims liegt es nun, auf der Hut zu sein und auf die Wahrung ihrer Rechte bedacht zu sein.

Königsbach (Amt Durlach), 6. Juli. Zum Bürgermeister wurde Maurermeister Adolf Frankle, der Kandidat der Demokratischen Partei, gewählt.

Aus dem Lande.

In unsere Vater. Trotz des immer noch drückenden Nahrungsmangels, bedingt durch die Papierknappheit, der es boretlich noch unmöglich macht, unser Blatt in der gewöhnlichen Weise auszugestalten, haben wir uns entschlossen, für unsere Leser in den Amtskäuden in unserem Verbreitungsgebiet wieder die im Frieden schon geführten Rubriken einzuführen. Wir werden also von neuem alle Entsendungen aus Bretten, Bruchsal, Durlach, Ettlingen, Rastatt, Badewaden, Ahen, Wühl und Offenburg unter dem betreffenden Orte zusammenstellen. Unsere Berichterstatter in den betreffenden Orten bitten wir uns in der Ausgestaltung dieses Teils unseres Blattes behilflich zu sein, sich aber in der Uebermittlung ihrer Berichte möglicher Kürze zu beschließen. Die Redaktion.

Durlach und Umgebung.

Aus bei Durlach, Sozialdem. Verein. Die Partei genossen werden erlaubt, in der am Mittwoch den 8. ds. Ms. stattfindenden Parteiverammlung zahlreich zu erscheinen. Nach dem Ausfall der Gemeindevahlen muß es doppelte Pflicht eines jeden sein, an der Parteiarbeit sich zu beteiligen, besonders gilt dies für die gewählten Genossen. Nur durch gemeinsame Arbeit kann auch Ersprießliches geleistet werden. Deshalb komme jeder in die Versammlung, in welcher zugleich ein Vortrag gehalten wird.

r. Aus bei Durlach, 2. Juli. Ueber ungerechte Zustände in unserer Gemeinde muß wieder einmal öffentlich Klage geführt werden. Bei der Holzabgabe bekommen die Arbeiter Fohlen- und Eicheln und wenn es nicht paßt, ber erhebt den schönen Satz: dann laßt ihes liegen! Die Landwirte dagegen erpiefelten schönes erklafftes Buchenholz. Wahrscheinlich als Dank, daß wir in unserem Ort nicht einmal Gemüse der Kirchen erhalten können, geschweige denn sonst etwas, z. B. Eier, die überhaupt nicht oder nur in ganz geringer Anzahl von den Landwirten abgeliefert werden. Es sollte für unsere Ort sofort eine Abgabe- und Ausgabe-stelle für Frühl- und Gemüse geschaffen werden und erst dann sollte Gemüse aus dem Orte wegzgebracht werden dürfen, wenn

Seite 4

Die eigene Bevölkerung versorgt ist. Am 1. Juli hat man schnell die Auslandsware ausgegeben, Griech und Bohnen; wie sollte aber an diesem Tage ein Arbeiter das Geld zur Hand haben zu all den Ausgaben, Hausmiete, Einmachgüter, Monatsgelder, dann noch der Auslandsgras und die Bohnen, das Pfund zu 4 Mark? Die Landwirte freuen sich natürlich, daß die Arbeiter das nicht kaufen können, sie zahlen den Preis gerne, denn zuguterletzt sind die Arbeiter doch die Leidtragenden, denn der Preis wird einfach auf die eigenen Produkte draufgeschlagen. Mögen diese Ausführungen unseren Genossen auf dem Markte ein Anhalt sein, wie sie hier Verbesserung schaffen können, denn Hilfe tut dringend not.

Rastatt.

• **Verlegung des Parteikongresses.** Wir weisen erneut darauf hin, daß sich unser Parteikongress nicht mehr im Gasthaus „Rappent“, sondern im Gasthaus zum „Kater“ befindet.

• **Vom Steuerzahlen.** Das hiesige Finanzamt ist eine Bede, die zwar unsehbar sicher, dafür aber desto langamer arbeitet. Einer Anzahl Steuerpflichtiger wurden z. B. die Steuerzettel erst Ende Juni zugesandt, mit der Aufforderung, die Steuer für die beiden ersten Vierteljahre sofort und für das 3. Vierteljahr bis spätestens 14. Juli zu entrichten. Es sollen also die Staatssteuern und Gemeindeumlagen für dreiviertel Jahr binnen 14 Tagen entrichtet werden. Diese Steuern stellen aber in den meisten Fällen einen Betrag dar, der den Lohn eines Arbeiters für 14 Tage weit übersteigt. Der Arbeiter ist also tatsächlich nicht in der Lage, seine Steuern in diesem kurzen Zeitraum zu bezahlen. Die Schuld liegt aber nicht bei ihm, sondern lediglich beim Finanzamt. In Anbetracht dessen dürfen wir wohl annehmen, daß das Finanzamt seine Prüfung vom 15. Juli ab verjüngtgebühren und vom 22. Juli ab Abänderungsgebühren zu erheben, in den erwähnten Fällen nicht in die Wirklichkeit umsetzen wird.

Baden-Baden.

• **Heber die kürzlich stattgefundenen Demonstration der Arbeiter.** Baden-Baden, worüber wir schon kurz berichtet, erhalten nun von einem Parteigenossen folgenden Bericht:

Die bekannten „ältesten Leute“ der Stadt erinnern sich nicht, je ein ähnliches Schauspiel erlebt zu haben, wie es sich hier am 7. Juni vor den erstaunten Augen der „Oberehrentaufend“ abspielte. Die vollstündige Magenfrage, die bis zur Stunde in Baden recht wenig vollständig gelöst ist, veranlaßte die Christlichen und freien Gewerkschaften, sowie die Handelstreibenden zu einer großen gemeinsamen Kundgebung. Zu Tausenden folgten die Männer und Frauen den Führern, die sich endlich entschlossen hatten, einmal in den Augusthain hinein zu leuchten, den einige ehrenamtlich Betätigte unter dem Schutz und zum Führen der Badener „haupte volles“ aufgeführt hatten. Von 1/2 Uhr ab lag die Stadt in unheimlicher Erwartung der revolutionären Ereignisse, die da kommen sollten. Die Geschäftsinhaber und Unternehmer, die zum größten Teil von der neuen Zeit noch keinen Hauch verspürt haben, standen erstaunt vor der gewaltigen Solidarität der Arbeiter und Angestellten. Die standhaften Verweigerer des Achtstundentages hatten sich kleinlaut hinter die heruntergelassenen Vorhänge verzogen.

Der Lebensmittelmarkt, von dem einige Mitglieder durch die Veranstaltung in unliebsame Erinnerung gezogen wurden, waren merkwürdigerweise 2 Tage zuvor — nach der Geweiss „berest“ — so müde das Stadtoberhaupt selbst sich den auf dem Marktplat versammelten Demonstranten die Antwort auf die einstimmig genehmigte Resolution erteilen. Die Aufzogen waren betrieblidigen, sie sichern der werktätigen Bevölkerung durch die Gewerkschaften große Einkufnahme auf allen Gebieten der Verforzung der Stadt, wie auch der sozialen Fürsorge zu. Es dürfte allerdings große Mühe kosten, die heftige Wüh- und Günstlingswirtschaft zu beistimmen, die bisher wirksame Maßnahmen in jeder Beziehung aber in Hinsicht auf die Marktbevölkerung verhindert hat. Es ist hier zwischen der Landbevölkerung und den „besseren Kreisen“ der Stadt eine unerhörte Korruption zur Veranschauligung der arbeitenden Masse eingetrisen.

Die Demonstration vollzog sich in imposanter Ruhe und in musterhafter Ordnung. — Unbegreiflich war nur das Benehmen der hiesigen Freiwilligentrupps, die durch auffälliges Tragen von Handgranaten, Spielen mit Maschinengewehren und dergleichen eine Sultung an den Tag legten, die unbedingt noch der Erörterung in der Deffentlichkeit bedarf.

Achern.

• **Bürgerausschussführung.** Zum erstenmale wird der neugewählte Bürgerausschuss am Freitag den 11. Juli zu einer Sitzung sich zusammenfinden; er hat folgende eine umfangreiche Tagesordnung zu erledigen. Dieselbe steht vor: 1. Genehmigung des Voranschlags für das laufende Jahr; 2. Errichtung einer weiteren Volkshilfsdienstelle; 3. Errichtung einer Gefallenstelle bei der Stadtasse; 4. Abänderung der Leichen- und Friedhofordnung; 5. Vermietung von Wohnungen; 6. Grundstücksverkauf an der Indenbrunnstraße; 7. Bildung von Kommissionen für das Dekreturenwesen und die Rechnungsbücher.

• **Forzheim, 7. Juli.** Spielende Kinder neckten vor einigen Tagen den Zimmermann Emanuel Ochsle, der in Wut geriet und sein Bein nach den Kindern warf. Er traf den zehnjährigen Sohn Wilhelm des Landwirts Karl Ochsle, der so unglücklich, daß der Junge schwere Verletzungen erlitt, denen er erlegen ist.

• **Au a. M., 6. Juli.** Gestern morgen fand man in dem Gebirg zwischen hier und Würmerheim den fünfjährigen Sohn des hiesigen Jagdwirtes Jung mit einer Schußwunde am Halde. Ob ein Unglücksfall oder Mord vorliegt, wird hoffentlich die Untersuchung aufklären.

Theater, Kunst und Wissenschaft.

• **Gesangsabend** veranstaltet mit Schülerinnen von Frau Oelsen. Ein ganz erlebener Abend! Talente, wirkliche Talente gab es zu bewundern, die in der Behandlung und Auswertung ihrer Mittel der Beherrschung des denkbar beste Zeugnis ausstellen. Was den acht aufstrebenden Damen besonders hoch anzurechnen ist, ist, mit Ausnahme der unglücklichen Altklinge, eine ausgezeichnete Aussprache und eine bemerkenswerte musikalische Sicherheit, die alles Angelegerte wohlklingend vermissen ließ und in den Entfesselungen besonders zum Ausdruck kam. Drei der jungen Künstlerinnen verdienen besondere Hervorhebung. Jede von ihnen zeigte im Vortrag eine innere Struktur, die sich mit ihrem Keuschen aufs schönste bed: Vella Führer; eine geborene Sopranistin und so auch ihr Gesang. Eine wohlklingende, von innerstem Erleben durchdrännte Sopranstimme, schönartig und doch ablig, reich an Ausdruck und doch in schöner Einfachheit. Und dagegen Lieve Lotte Regensburger; schon jetzt eine Persönlichkeit. Mit einer eminent musikalischen Veranlagung, alles ganz und gar individuell ausgeprägt, — sogar die Gesangsstechnik, wie die Fideliorie erlaubt. Möge die junge vielversprechende Künstlerin für eine ewige. Ich bringe an gar nicht die Aufsätze ein klein wenig Bedauerndes ihrem Temperament entgegenstellen. — Die dritte Labing Sternberger; eine melodisch veranlagte (und vielleicht auch geordnete) Natur. Die zwei der Weisensdämmer „Der Engel“ und „Edume“ hätten nicht besser gewählt sein können. Ich muß gestehen, sie noch nie so begeistert und so durchdrungen von diesem Eingebenen vorgetragen gehört zu haben. — Die übrigen Damen mögen sich mit einem Gesamtlob begnügen, in das auch der vornehme Gelehrte Dr. Hermann Bunzer mit eingeschlossen sei. Die zahlreichen Zuhörer dankten in freudigem Beifall für die amütsreichen Stunden.

• **Manheim, 7. Juli.** Der Redakteur des Organs der Unabhängigen, der „Tribüne“, Hermann Kemmele ist nunmehr wieder aus der Haft entlassen worden.

• **Manheim, 7. Juli.** Am Brückenhäuschen in Ludwigshafen haben die Franzosen eine Art Gehler Gut errichtet. Dort wird nämlich die französische Bahne aufgezogen und während dieses Alles haben die Schulkleute und die Passanten die französische Bahne zu grüßen. Die Schulkmannschaft wurde angewiesen, das vorbeigehende Publikum auf die Ehrenbezeugung aufmerksam zu machen.

Aus der Stadt.

• **Karlruhe, 8. Juli.** Käufer, langsam kaufen.

• **Den Krieg siegreich zu bestehen,** wurde das deutsche Volk aufgefordert, durchzuhalten. Den kommenden Frieden zu beschließen, wird das deutsche Volk notwendig haben, auszuhalten und herauszuhalten. Dazu gehört vor allen Dingen, kühles Blut zu bewahren. Eine Sache, die sicherlich nicht die geringste ist, sie hier besonders aufgegriffen und besprochen. Wie aus Kreisen des Handels mitgeteilt wird, werden Plätze wie Frankfurt, Köln und zurzeit von französischen, englischen und amerikanischen Geschäftsleuten überflutet, die ihre Waren zu unverschämten teuren Preisen anbieten. Deshalb ergeht unsere Mahnung sowohl an den Handel wie an den Konsum: Kauf nur langsam. Der Konsum hat es in der Hand, die Preise zu drücken, wenn er nicht all häufig über die nach und nach angetriebenen Waren herfällt. So richtig es ist, daß man während der verflochtenen 5 Jahre viel Geld hinauskauft, wenn man sparsam, da mit späterhin den sich als notwendig erweisenden Einkauf zu erhöhten Preisen vollziehen mußte, so sicher wird es sein, daß die Preise in sehr vielen Artikeln nach und nach zurückgehen müssen, und haben wir nun 5 Jahre aus ohne den einen oder anderen Gegenstand besessen, so kann dies in vielen Fällen nach einige weitere Monate ertragen werden. Ob es sich nun um Süßfrüchte oder um Dornenstoffe, um Kleiderausputz oder um Schuhschienen, um Kolonialwaren oder Schirmgriffe handelt, hältet vom Kauf zurück, die ihr diese Gegenstände nicht unter allen Umständen haben müßt. An dem reifigen Angebot unserer bis gestern noch feindlichen Geschäftsfreunde ist zu erleben, daß genug Ware vorhanden ist. Wenn der Konsum vernunftgemäß vorgeht, dann wird der deutsche Handel schon aus eigenem Interesse den Einkauf langsamer betätigen, und das deutsche Volk braucht sich dann nicht von dem Geschäftsfreier der Herren jenseits der früheren Schützengräben ausrauben lassen.

• **Die „mühtigen Preise der Herrenanzugsstoffe.“** Jeder Tage wurde in einem Ankerat der Wirklichkeitsstelle für den Handel in Karlsruhe bekanntgegeben, daß die Schneider Herrenanzugsstoffe zu „mühtigen Preisen“ ausgeteilt erblieben und Respektanten mühten sich mit ihrem Schneider ins Vernehmen jegen. Schreiber dieses tat jedoch. Auf die erste Frage was denn solch ein Anzug kosten sollte, lautete die Antwort: 350 Mark, der sich wie folgt zusammensetzt: 38 Mark der Meter Stoff, 150 Mark für Futter und Futalen, 118 Mark Arbeitslohn. Das ist noch „billig“, meinte der Schneider. Bestellen Sie schnell, sonst bekommen Sie keinen Anzug mehr, denn es geht riesig darüber her. Dabei soll nach den neuen Bestimmungen der Schneiderinnung alles sofort barbezahlt werden. Wer kann sich das leisten, wo Nedermann bald den letzten Groschen dem Lebensmittelmacher opfern muß. Ob die eben genannten Sätze einwandfrei sind, vermögen wir nicht zu beurteilen. Es wäre deshalb spredienlich, wenn die Wirklichkeitsstelle sich einmal äußern wollte, wie hoch sich eigentlich ein Anzug aus den Stoffen zu „mühtigen Preisen“ stellen soll.

• **Deute Dienstag aben 8 Uhr** in der „Krone“ Frauenversammlung des Sozialdemokratischen Vereins. In derselben spricht Gen. Lehmannsprofessor Dr. Hofeinz über „Sünde und Erziehung“. Außerdem findet die Wahl der Kinder- und Jugendkommission statt. Genossinnen, erseinet zahlreich!

• **Sozialdemokratischer Verein.** Morgen Mittwoch, abends 7 Uhr in der „Krone“ Vorstandssitzung. 1/28

• **† Todesfall.** Gestern wurde der Direktor der hiesigen Vereinshaus, Karl Peter in Baden-Baden, wo er aus Anlaß der Tagung des Verbandes Unterböhmer Kreditgenossenschaftlichen Weite, vom Schlage getroffen. Heute früh um 6 Uhr ist Direktor Peter an den Folgen des Schlaganfalles gestorben. Der Verlebte leitete die Vereinsbank eines Weite von Jahrzehnten mit großer Umsicht und war in der Geschäftswelt eine angeesehene Persönlichkeit.

• **Ran der Karlsruhe Arbeiterbewegung.** Einen erfreulichen Schritt vorwärts bedeutet die Gründung des Arbeiter-sängerbundes „Volkshor Karlsruhe West“. Dazu schreibt Genosse Perle (Wiederbund). Der menschenverderbende Weltkrieg hat den Arbeiterorganisationen außerordentlichen Schaden zugefügt, so vor allem auch den Arbeitergesangsvereinen. Namentlich die Karlsruhe Arbeiter-Sänger haben erhebliche Verluste zu beklagen. Diesen Schaden auszugleichen ist bisher das eifrige Bemühen aller Freunde der Arbeiter-sängerbund gewesen, durch Agitation innerhalb der eigenen Reihen sowohl als auch in den Kreisen der sogenannten Arbeiterbewegung. Sehr lebhaft ist der Zusammenschluß der beiden weltlichen Brudervereine Wiederbund und Eintracht zu einem gemeinsamen Volkschor Karlsruhe West zu begehren. Sämtliche Vorarbeiten, die ein wirklich gutes Verzeichnis garantieren, sind von den kombinierten Ausschüssen getroffen. Schon beide Generalsekretariate, welche den Grundgedanken faßten, waren von der Notwendigkeit der Vereinigung vollständig durchdrungen und waren sowohl in „Wiederbund“ als auch in der „Eintracht“ von außerordentlich sachlichem, reifem Erkennen der Sachlage getragen. In der Arbeiter-sängerbewegung gibt es keine Trennung für das Proletariat. Ein einziger Wille ist in der gesamten arbeitenden Klasse zu Verbesserung der sozialen Verhältnisse und zur Verfeinerung des Daseins durch die Arbeiter-sängerbund vorherrschend. Stärkeren seitens politisch untreuer Elemente haben in der Arbeiter-sängerbewegung keinen Platz. Es wäre für das Gesamtproletariat von allergrößtem Vorteil, wenn dies in allen Arbeiterorganisationen so wäre. Bei der in allerhöchster Zeit stattfindenden großen kombinierten Generalsekretariatung wird den Angehörigen beider Vereine Gelegenheit gegeben sein, zu dokumentieren, daß es an der Zeit ist, allerorts zusammenzugehen, der Arbeiterklasse insgesamt zur Freude und den eigenen Mitgliedern zum Nutzen!

• **Karlsruherinnen bei der Abhaltung.** Der Stadtrat hatte gegen die von der Direktion der Badischen Lokalbahn A.G. auf 1. Juli d. J. geplanten Erhöhungen des Tarifs für die Abhaltung mit dem Vorbehalt keinen Einwand erhoben, daß die Fahrpreise für die innerhalb der Stadtgrenzen liegende Strecke Karlsruhe-Müppurr von der Erhöhung ausgenommen werden. Die Generaldirektion der Bad. Staatsbahnen hat die Erhöhung der Tarife genehmigt, mit Rücksicht auf die vom Stadtrat genehmigte Erhöhung des Verkehrs zwischen Karlsruhe und Müppurr die Zuschläge für die allgemeinen Fahrkarten aber abgelehnt, doch wird die Strecke Karlsruhe-Müppurr von der Anwendung der Tarifzuschläge nicht ausgeschlossen. Der Stadtrat be-

schließt daher, seine Bedenken gegen eine weitere Belastung der Fahrpreise für diese Strecke dem Finanzministerium vorzutragen mit dem Erluchen, die Erhöhung rückgängig zu machen.

• **Für die Arbeiter-sängerbewegung** von Müppurr, Erlingen und dem Mittel bedeutet die Erhöhung eine sehr starke Belastung ihrer Ausgaben. Dazu kommt, daß der Betrieb der Abhaltung sehr viel zu wünschen übrig läßt, ja geradezu öfter zum Standal ausartet. Es wäre sehr am Platze, wenn die staatliche Aufsichtsbehörde die Fahrpreis-Erhöhungen nicht einfach genehmigen, sondern auch die Abhaltungsgesellschaft mit allem Ernst an ihre Pflichten gegenüber dem reisenden Publikum erinnern würde. Die Genehmigung der Erhöhung der Fahrpreise hätte von der Erfüllung dieser Pflichten abhängig gemacht werden sollen. Schon die Verspätungen, die ja an der Tagesordnung sind, bringen neben Ärger und Unannehmlichkeiten auch finanzielle Schädigungen der Arbeiter mit sich, die sich noch steigern, wenn, was ja schon oft vorgekommen ist, fahrplanmäßigezüge überhaupt ausfallen. Mit den Zeit- und Wochentarten in der Tasche dürfen dann die Arbeiter und Beamten um ihren Weg zu Fuß zurücklegen.

• **Das Verlangen des Stadtrats,** daß die Erhöhung für die innerhalb der Stadtgrenzen liegende Strecke Karlsruhe-Müppurr ausgenommen werden soll, wird besonders von der Arbeiter- und Beamten-sängerbewegung von Müppurr und der Gartenstadt lebhaft begrüßt werden, denn insbesondere die Bewohner von Müppurr und besonders der Gartenstadt müssen sowie verhältnismäßig nicht nur mehr bezahlen, sondern fahren auch ganz besonders schlechter, da sie für größtenteils die Siehplätze „reserviert“ sind und dabei nicht immer die besten. Die Erhöhung ist ja überbies für die Strecke Karlsruhe-Müppurr eine ungleich stärkere als für die weiter entfernten Stationen und bedeutet eine schwere Schädigung der Siebelungs- und Wohnungsverhältnisse.

• **Abendliche Volkshochschule.** Am Mittwoch, 9. Juli, findet abends 8 Uhr in der technischen Hochschule im großen Hörsaal des Chem. Instituts ein Vortrag des Herrn Stud. elektr. Dietrich über „Nützige Kräfte in den Experimenten und Lichtbildern“ statt. Der Eintritt ist frei. Jedermann ist herzlich willkommen.

• **Konzertsaal.** Dienstag, den 8. Juli, findet im Konzertsaal eine Wiederholung von „Näseln auf der Heiden“ statt, das Samstag und Sonntag einen durchschlagenden Erfolg beim Publikum erzielt. Vielen Wünschen entsprechend hat die Direktion sich entschlossen, von dieser Woche ab die Werktagvorstellung um 7 1/2 Uhr und die Sonntag- und Feiertagsvorstellungen um 7 Uhr anfangen zu lassen.

• **Vollständige Musikaufführungen** finden bei gutem Wetter heute abend von halb 8—11 Uhr im Stadtpark statt.

• **Ein Platzkonzert auf dem Gutenbergplatz** veranstaltet heute abend von 6—7 Uhr die Volkshochschule.

• **Anfall mit Todesfolge.** Gestern nachmittag stürzte die 66 Jahre alte Ehefrau eines Schreinermeisters von Wehrten ab und erlitt einen Schädelbruch, welcher den sofortigen Tod zu Folge hatte.

• **Verleumdung.** Zu unserer Notiz in Nr. 158 betr. Angelegenheit Hemberger-Wulach ist u. a. angeführt, daß auch fünf Zentner Bett an die Beamten des Hauptbahnhofs geliefert worden seien. Wie uns das Stationsamt schreibt, trifft dies nicht zu. — Die Volkshochschule teilt uns dazu mit, daß hier eine Verleumdung vorliegt, denn nicht das Stationsamt erhielt die fünf Zentner Bett, sondern Beamte der Hauptwerkstätte.

Letzte Nachrichten.

Zum Eisenbahnerstreik.

• **Dannover, 8. Juli.** Die streikenden Eisenbahner haben gestern abend in der Stadthalle den Beschluß gefaßt, den Streik abzubrechen und die Arbeit heute früh wieder aufzunehmen. Die Streikleitung erhielt den Auftrag, die Verhandlungen fortzuführen.

• **Bremen, 8. Juli.** Die Eisenbahner Bremens beschließen in einer gestern abgehaltenen Versammlung, vorläufig nicht in den Streik zu treten, morgen jedoch in den Betrieben eine Arbeitsniederlegung vornehmen zu lassen. Es ist ein Telegramm vom Deutschen Eisenbahnerverband eingetroffen, in welchem die Arbeiter aufgefordert werden, nicht in den Streik zu treten, oder, wo dies geschehen sei, die Arbeit wieder aufzunehmen.

• **Berlin, 7. Juli.** In einem Flugblatt der sozialdem. Partei gegen den Verkehrsstreik in Deutschland heißt es: Diese Streiks sind nur ein Schlag der Streikenden gegen sich selbst. Wenn der Staat höhere Löhne zahlen muß, geht das nur auf Kosten des Volkes selbst, das immer höhere Fahrpreise und immer mehr Steuern zahlen muß. Verlangen die Straßenbahner höhere Löhne, so müssen wir alle tiefer in unsere Tasche greifen. Der Streik richtet sich gegen uns Arbeiter selbst, es sind unsere eigenen Genossen, die sich nur auf Kosten der Arbeiterklasse bereichern wollen. Schon hat der Verkehrsstreik eine große Knappheit an Lebensmitteln und ein Ansteigen der Preise bewirkt. In den Weinen, in dem Mehl und am Geldbeutel spürt also das arbeitende Volk den Elgenuss der Streikenden.

Streikbewegung in Frankreich.

• **Paris, 8. Juli.** Nach dem Beit Parisien“ ist am Samstag das gesamte Personal der Compagnie Messageries de l'Ouest in den Ausstand getreten. Der gesamte Schiffsverkehr mußte eingestellt werden. In der Zusammenkunft der Eisenbahner und Straßenbahner am Samstag, der Vertreter aller Unternehmungen bewohnten, erfolgte die revolutionäre Tendenz eine große Mehrheit. Die Postbeamten in Paris veranstalteten nach dem „Matin“ einen zweiwöchigen Streik. Sie forderten den Achtstundentag und Gehaltserhöhung. Die Teilnahme an dem allgemeinen Ausstand am 21. Juli wurde beschlossen.

Auch in Japan Unruhen.

• **Amsterdam, 7. Juli.** Die „Lies“ melden aus Tokio, daß in Japan trotz der geringen Verluste, die das Land im Kriege erlitten habe und trotz der Mißerfolge, die der Krieg gebracht habe, allgemeine Unzufriedenheit, große Armut und starke Unruhen herrschten. Die Unzufriedenheit findet ihren Grund in der Lebensmittelerhöhung, die die Folge riesiger Gewinne Einzelner seien.

• **Verantwortlich für den Gesamtinhalt: Hermann Kadel;** für den Anzeigenteil Gustav Krüger, beide in Karlsruhe, Luisenstr. 24

Vereinsanzeiger.

• **Karlsruhe-Müppurr.** (Wiederbund. Gem. Chor.) Heute Dienstag, den 8. Juli, abends 8 Uhr, im Württemberg Hof Wühlbüch, außerordentliche Mitgliederversammlung. Wegen wichtiger Tagesordnung allseitiges Erscheinen notwendig.

• **Der Vorland.** 4789

• **Karlsruhe.** (Frauenchor.) Heute Dienstag, den 8. Juli, abends 8 Uhr, Zusammenkunft in der „Krone“, Ecke Amalien- und Douglasstraße. Um vollzähliges Erscheinen bittet

• **Der Vorstand.** 4808

• **Nur bei Tursach.** (Sozialdem. Verein.) Mittwoch den 9. Juli abends 7 1/2 Uhr, findet im Gasthaus zur „Blume“ Mittagsversammlung mit Vortrag statt, zu welcher die Parteigenossen nicht den ausgewählten Gemeindevorsteher um zahlreichem Besuch gebeten werden. 4804

**Gewerkschaftshartell
Karlsruhe.**

Donnerstag, 10. Juli,
abends punkt 1/8 Uhr,
in der Restauration „zur
Vollschicht“, Schützen-
straße 10

**Vertreter-
Versammlung**

- Tagesordnung:
1. Stellungnahme zur Er-
richtung von Volksmilch-
Bataillonen.
 2. Stellungnahme zum Ge-
setzentwurf betr. Ver-
braucher-Kammern.
 3. Vorschläge zur Reform
der Notstandsarbeiten.
 4. Mitteilungen.

In Anbetracht der außer-
ordentlich wichtigen Tages-
ordnung wird um pünktliches
und vollständiges Erscheinen
sämtlicher Delegierten drin-
gend gebeten.

**Verwertung der
Rüchensabfälle betr.**

Nachdem jetzt die gesam-
melten Rüchensabfälle zu
Trockenfuttermittel für die Milch-
kühe verarbeitet werden,
bringen wir im Interesse
der städtischen Milchver-
ordnung die Anordnung des
Bezirksamts vom 23. Juni
1917 in Erinnerung. Dar-
nach müssen die Rüchens-
abfälle in den Haushaltungen
geordnet gesammelt und
in geeigneten Gefäßen,
frei von anderen Abfall-
stoffen, zur Wohlung durch
die Müllfuhrwerke bereit-
gestellt werden.

Sollten die zur Vereit-
stellung verpflichteten Per-
sonen der Anordnung nicht
nachkommen, so wäre die
Stadtverwaltung genötigt,
die Müllabfuhr aus den
betr. Haushaltungen, Ge-
trieben und Anlagen ein-
zustellen. 4725
Karlsruhe, d. 1. Juli 1919.
Städt. Tiefbauamt.

**Nächste Ziehung
sicher 1. August**

**Baden-Badener
Gold-Lotterie**
2165 Bargewinne
23000 M.
Hauptgewinn
10000 M.
Los 1 M., Port u. Liste
40 Pfg. mehr, empfiehlt
und versendet
Lotterie-Unternehm.
J. Stürmer
Mannheim O 7, 11
Früh, Strassburg, Els.
Karlsruhe: Fr. Pecher,
Zirkel 30, Carl Gütz,
Höbelstraße 11/15.

**Der Feiszer und
Perrückenmacher**

schlechte 1. Rang. M.
12. - Lehrbuch der On-
dulation 16.00, 6000 Rezepte
zu Handelsartikeln 15.-
Wöchentlich 5.75, Nichtig
Deutsch 5.75, Englisch 5.75,
Französisch 5.75, Polnisch
5.75, Rechtschreibung (Zu-
den) 7.15, Fremdwörterbuch
5.75, Rechtsformularbuch
5.75, Rechnen 5.75, Ge-
schäfts- u. Privatbriefsteller
5.00, Güter Ton und seine
Seite 5.75, Langlehrbuch
8.85, Die Gabe der ge-
wandten Unterhaltung 8.20,
Rechenhelfer 4.70, Lohn-
rechner 2.-, Preisgekröntes
Lehrbuch der Landwirtschaft
13.85, Gegen Nachnahme
L. Schwarz & Co.,
Verlagsbuchhandlung
Berlin E 14A, Auenstr. 24.

Chaifelongue

neu, zu verkaufen. 4708
Wolfferei Köhler
Schützenstr. 25.

**Daniels
Konfektions-Haus**

Wilhelmstr. 34, 1 Tr.
Lüster-Paletots
M. 78.- an
Sommer-Mäntel
M. 125.- an
Seiden-Röcke
M. 85.- an
Weiße Blusen
M. 13.75 an
Kinder-Kleider
M. 13.- an.

**Deutscher Transportarbeiter-
verband, Ortsverwaltung Karlsruhe.**

Büro: Wilhelmstraße 47, III. Telefon: 8109.

Samstag, den 12. Juli, abends 1/8 Uhr,
im Saale zur „Goldenen Krone“, Amalienstraße 16
(2. Stock)

**Halbjährliche
Mitglieder-Versammlung**

- mit folgender Tagesordnung:
1. Geschäfts- und Kassenbericht vom 2.
Quartal und Bericht der Revisoren.
 2. Bericht vom 10. Verbandstag in
Stuttgart.
 3. Anträge und Verschiedenes.
- Kolleginnen und Kollegen! Wir erwarten pünkt-
liches und zahlreiches Erscheinen
- Die Ortsverwaltung.**
A. M. Wendle.

**Landes-Verband aktiver Unteroffiziere
Ortsgruppe Karlsruhe.**

Am Mittwoch, den 9. Juli, abends 8 Uhr, findet
in der „Alten Brauerei Kammerer“, Ede Wald-
horn- und Kaiserstraße eine

Vollversammlung

Um vollständiges Erscheinen bitten
Der Vorstand.

Deutscher Bauarbeiter-Verband

Zweigverein Karlsruhe.
Geschäftsstelle Wilhelmstraße 47.

Wegen der vorzunehmenden Abrechnung bleibt
das Büro am Mittwoch, den 9. Juli den ganzen
Tag geschlossen. 4802

Zahlungsaufforderung.

Das 3. Viertel der Vermögenssteuer, Einkommen-
steuer und Beförderungsteuer, der damit zu entrichtenden
Gemeindeumlage, die 1. Hälfte der Handelskammer-
beiträge müssen bis spätestens 14. Juli entrichtet
werden. Vom 15. Juli an werden Versäumnisgebühren
und vom 22. Juli an Pfändungsanordnungsgebühren
erhoben. Gemahnt wird nicht. 4799
Man zahle bargeldlos. 4799
Karlsruhe, den 8. Juli 1919.
Stadtkassenamt. - Finanzamt.

Bekanntmachung.

Sämtliche Ladengeschäfte, welche Obst oder Gemüse
verkaufen, haben lt. ministerieller Verfügung die von
der Preisprüfungsstelle für Marktwaren wöchentlich
festgesetzten Kleinverkaufspreise in ihren Läden auszu-
hängen und an sämtliche Körbe Preistafeln an-
zubringen.
Wer diese Verfügung nicht befolgt macht sich strafbar.
Die Verkaufspreislisten erhalten die Ladeninhaber
allwöchentlich durch die Post von uns zugestellt.
Wer eine Wochenpreisliste durch die Post nicht er-
hält, hat dieselbe sofort bei uns, Kaffee Rowat, Eingang
Königsanlage Nr. 19, Zimmer Nr. 9 selbst abzuholen.
Karlsruhe, den 7. Juli 1919. 4793
Nahrungsmittelamt der Stadt Karlsruhe.

Obst-Verteilung.

In den Obstverkaufsgeschäften
Nr. 133 bis 157 einschließlich
kommen heute, den 8. Juli Kirschgen zur Verteilung.
Kopfmenge 1 Pfund gegen die Obstmarke Nr. 1
zum Preise von 75 Pfg. pro Pfund. 4798
Nahrungsmittelamt der Stadt Karlsruhe.

Bekanntmachung.

Während des Sommers wird auch in diesem
Jahr wieder auf dem Sonntagplatz und im
Sachsenwäldchen bei gutem Wetter täglich von
5-7 Uhr eine Leitung der Kinderspiele durch
Kindergärtnerinnen stattfinden. 4633
Beginn: 1. Juli.
Karlsruhe, den 30. Juni 1919.
Badischer Frauenverein Abteilung II.

Stadtgarten.

Nur bei gutem Wetter.
Dienstag, d. 8. Juli 1919, abends v. 7 1/2 - 11 Uhr
Vollstündliche
Musik-Aufführungen
des Orchester-Vereins, Karlsruhe. 4797
Leitung: Herr Kapellmeister Karl Krohne.
Eintrittspreise wie bekannt, ausglücklich 5 Pf. Luftballonssteuer.

Städtisches Konzerthaus.

Dienstag, den 8. Juli 1919
Röslein auf der Heiden.
Singspiel in drei Akten von Richard Manz
und August Leon. (Volksliederspiel).
Die vorkommenden Gesänge sind dem Volkslied-
schatz entnommen. 4800
Anfang 7 Uhr. Ende 1/10 Uhr.

**Ausgestämmte
Frauenhaare**

läuft 4811
Oskar Decker, Haarbldg.
Kaiserstr. 32.

Rasier-Ringen

(Gilette), werden haarscharf
geschliffen, Std. 15 Pfg.
Kaiserstr. 34, Laden-
N. 219

**Badischer Kunst-Verein E. V.
Karlsruhe, Waldstr. 3.**

Die Ausstellungsräume
des Kunstvereins bleiben vom
11. Juli ab bis auf Weiteres 4805
geschlossen

Die Wieder-Eröffnung wird bekannt gegeben.

**Die Kanzlei der Rechtsanwälte
Marum und Dr. Nachmann**

befindet sich von jetzt an 4715
Kaisersstraße 175 (Adonshaus)

Frauen

verlangt sofort Prospekt
über erstklassigen hygie-
nischen Frauenartikel. 4769
Kostenlos durch Versandhaus
J. Beugel, Heidelberg, Kleinschmidtstr. 10.

Alte Gebisse

Zahle pro Zahn bis
1, 2 und 4 Mark.
Platin- und Brenn-Sifte
Silber-Münzen 4784
wertloses Geld zu Höchstpreisen
Der Einkauf findet heute Dienstag,
den 8. und Mittwoch, den 9. Juli, in
Karlsruhe, Hotel Karsten, Waldstr. 67,
am Ludwigplatz, Zimmer Nr. 4, 1. Et., statt.

ALA Chem-Fabrik & Co.
Frankfurt/M.

**besten
Schuh-
Putz**

Zentralfür: Döckenheimer-Ldstr. 79
Tel. Taunus 1761/62, Hansa 7978.

**Arbeitslosen
elsass-lothring'schen Vertriebenen**

insbesondere männlichen und weiblichen
landw. Arbeitern, Tagelöhnern, Schreineren,
Schuhmachern usw. bietet sich in Westfalen,
Paderborn u. Umgeb., Gelegenheit, **sofort**
lohnende Arbeit aufzunehmen. Nähere
Auskunft erteilt 4760

Elsass-Lothring. Vertriebenen-Fürsorge

Karlsruhe i. B., Stefaniensstr. 74.

A. Mulfinger
Poststraße 8.
Telephon 1700.

Geübte Kleberinnen

für Badpulverflößen können Arbeit abholen
jeweils von 3-4 Uhr nachmittags. 4806

Gesellschaft Sinner. Grünwinkel.

Hygiene der Ehe

Aerztlicher Führer für Braut- und Eheleute
von Frauenarzt Dr. med. Zikel, Charlottenburg.
Aus d. Inhalt: Über die Frauen-Organen. Kör-
perliche Ehetauglichkeit u. Untauglichkeit. Gebär-
und Still-Fähigkeit. Frauen, die besser nicht heira-
ten sollten! usw. - Enthaltensamkeit und Ausschwei-
fungen vor der Ehe. - Eheliche Pflichten, Keusch-
heit oder Polygamie? Hindernisse der Liebe usw.
Krankheiten in der Ehe. Rückstände früherer Ge-
schlechtskrankheiten. Vorbeugung und Ansteckungs-
schutz usw. - Körperliche Leiden der Ehefrau. Ur-
sachen und Heilung der weiblichen Gefäßskälte.
Folgen der Kinderlosigkeit. Gefahren später Heirat
für die Frau. Hyterische Anfälle usw. - Bezug geg.
Einsendung von M. 2.- franco oder gegen Nachnahme
durch Mediz. Verlag Dr. Schweizer, Abt. 812, Berlin NW 87.

1800 Mark

als Anleihe zu 5 Prozent
u. monatlicher Rückzahlung.
Auslösen einzelne Möbel-
stücke dagegen geliefert
werden. Zu erfragen unter
Nr. 4759 im Volksfreund-
Büro.

Entlaufen!

Ein großer Schauer, auf
den Namen „Peter“ hörend,
(Pfeifer u. Sals) entlaufen.
Abzugeben gegen gute Be-
lohnung: Marienstr. 85.
Vor Entlauf wird gewarnt.

Ein Handgriff

macht alles. Billigste und
beste Seifmaschine heftet im
Augenblick die Anlage an
den Brief. Inentbehrlich für
jeden Kaufmann, Rechtsan-
walt, Bürobeamten. Große
Ersparnis durch Wegfall
der Metall-Seifkammer!
Preis. Zufend. geg. Einzabl.
von M. 25.- auf Postgeld-
konto 14871, Stuttgart.
Prospekt gratis! Paul Kör-
mann, Heilbronn a. N.,
Allee. 4790

Möbelschreiner

selbstständiger Arbeiter für
sofort gesucht. 4795
Theodor Schmid,
Waldhornstr. 52.

**Zwei tüchtige
Modell-Schreiner**

finden dauernde u. lohnende
Beschäftigung bei
Christoph Hafner,
Grüningen, 4781
Modellschreiner mit
Waldmännchenbetrieb.

Schneider

auf Großstücke
findet dauernde Be-
schäftigung bei
Hans Leyendeker
Kaiserstraße 161.
(Höchste Lohnsätze). 4850

Männer u. Frauen!

Prospekt und Broschüre
über bahnbrechende
hygienische Keuschheit
verwendet verschlossen u.
kostenlos Reprint-Ver-
sand Stuttgart 7. 4800

**1 Tisch, 1 Kommode,
1 Paar Touren-Stiefel**

Größe 87, zu verkaufen.
Häufiger, Gerwigstr. 71 V.

Divan

neu und gebraucht zu
verkaufen. 4701
**Tapeziergeschäft
Dahner,**
Rüppurrerstraße 23.

Billige Preise.

Evertz & Co.
Dirchstr. 38, 1 Tr.

Frau Eug. Brenneisen
in Oos b. Baden-Baden,
Badenerstraße 18,
hat eine Sendung

Haarnetze

zu verkaufen. 4796
**Mandoimen, Gitarren,
Zithern, Ziehharmonikas**
läuft 4808
An- und Ver-
Levy Kaufgesch. f. f.
Maxkarasenstr. 22.

Achtung!

Neu eingetroffen:
Rieser-Einkochgläser
u. Einkochapparate
Gummi-Wasserschlauch,
Hochdruckqualität
Emaille-Geschirre
Verzinkte Blechwaren
Verzinktes Drahtgeflecht
bei 4568

L. F. Werner,

Gaggenau i. Mtg.

Mäuser

mit und ohne Geschäfte
sowie Liegenenschaften aller
Art zu verkaufen durch das
Liegenchaftsbüro
M. Busam,
Karlsruhe, Gerrenstr. 83.
4841
Telephon 5530.

**Kluge
Handwerker**

bereiten sich vor für den
neuen gewerblichen Auf-
schwung, erhöhen jetzt
ihre Kenntnisse und Fertig-
keiten und sichern sich
damit eine gute Existenz
oder glänzende Stel-
lung. Verlangen Sie von
mir sofort umsonst
einen illustr. Katalog
über anerkannt gute, er-
probte u. lehrreiche Fach-
bücher, die Sie in Ihrem
Berufe fördern und vor-
wärtsbringen. Für Meister,
Lehrling u. Geselle. **Berat**
angeben. **Carl Herm,**
Ludwig, Breslau 23/437.

**Bett-
nässen**

Bei Kindern u. Erwachsenen
empfehle mein ausserprobtes
„Sticus“, Paket 5.50 M., drei
Pakete (meist ausreichend)
15 M. (Sticubrandt, Ver-
sandhaus 203, Berlin Nr. 4,
Invalidenstraße 8. 4842

Gleichenleiden

dauernde Beseitigung
durch bewährte, Reichsp.
Prosp. grat. Sanis Verband
München 26 C. 4600

**Standesbuch-Anzüge
der Stadt Karlsruhe.**

Todesfälle. Sofie Leicht-
lin, alt 60 J., Witwe von
Camill Leichtlin, Fabrikant
Luise Karner, alt 49 Jahre
Ehefrau von Ernst Karner,
Landwirt. Christ. Martin,
Gehmann, Landwirt, alt
68 Jahre. Luise Mayer,
alt 58 Jahre, Witwe von
Karl Mayer, Gastwirt. Sofie
Müller, alt 74 J., Witwe
v. Konrad Müller, Bremier
a. D. Marie Maier, alt
49 Jahre, Ehef. v. Lorenz
Maier, Tagelöhner. Catha
Ezella, Krankenpflegerin,
alt 30 J. Franz Schmidt,
Wirth, Stadtgartenarbeiter
alt 78 Jahre. Adolf Wolf,
Gehmann, Metzger u. Wirt,
alt 48 Jahre. Karoline
Schwall, alt 66 Jahre,
Ehefrau v. Ludwig Schwall,
Mauer. Paulina Weden,
Haushälterin, ledig, alt
75 Jahre. Anna Dienger,
Erbw., ledig, alt 58 Jahre.
Ernst, alt 9 Jahre. Vater
Peter Schmitt, Wäcker. Ne-
gina Rottermann, alt 64 J.,
Witwe von Gg. Rottermann,
Weinhändler. Ludwig Roth,
Landwirt, Gehmann, alt
61 Jahre. Amalie Weiden-
bach, alt 69 Jahre, Ehefrau
von Eduard Weidenbach,
Oberförster a. D.